Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 120. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 12. März 1867.

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

Berlin, 11. März.

10. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. An den Tischen der Commissare die Minister Graf von Bismarck und v. d. Heydt, Geh. Rath v. Savigny und zehn Vertreter der verbündeten Staaten.

Präsident Simson theilt mit, in welche Abtheilungen die am Sonnabend eingetretenen Mitglieder ausgelooft sind. Abg. Fürst Roman Czartoryski hat schriftlich wegen dringender Familien-Angelegenheiten um einen Urlaub von 3 Wochen nachgesucht; derselbe findet keinen Widerspruch. — Es wird darauf sofort in die Tagesordnung eingetreten, Fortsetzung der allgemeinen Debatte über den Verfassungs-Entwurf; es erhält zunächst das Wort

Abg. Dr. Köster (für die Vorlage). Redner wendet sich zunächst mit einigen Bemerkungen, die aber bei der großen Unruhe im Hause, wo die einzelnen Mitglieder sich erst niederlassen, nicht verständlich sind, gegen die Ausführung der Abgeordneten Twesten, Dr. Waldeck und Dr. Michelis, den er zwar nicht a Kempis, aber von Kempen nennt. Dann fährt er fort: Die Bundesverfassung wird uns eine bessere Zukunft sichern. Sie scheidet freilich Alles aus, was ins Gebiet der constitutionellen Phrase und der grauen Theorie gehört, aber sie eröffnet eine Fernsicht auf wahre Freiheit, sie fängt nicht mit dem Ende an, aber sie gewährt eine Bürgschaft für ein hoffnungsvolles Beginnen. Ich will sie nicht blos vom conservativen Interesse willkommen heißen, sondern auch als Deutscher, der die politische Ohnmacht der neu abgeschlossenen Epoche tief empfunden hat. Der Militär-Etat, den sie proponirt, muß gerade im nationalen Interesse angenommen werden. Nur wenn Preußen in wohl umschienter Rüstung dasteht, kann Deutschland auf seine nationale Höhe gehoben werden.

Darüber sind auch die wichtigsten Parteien in diesem Hause, so glaube ich, vollkommen einig, daß Preußen und der norddeutsche Bund in den nächsten Jahren eines festen Militär-Etats bedürfen und es dürfte auch vom finanziellen Standpunkte aus dem allgemeinen Interesse entsprechen, wenn Preußen in den Stand gesetzt wird, so lange als möglich mit dem jetzt zu bewilligenden Etat das norddeutsche Heerwesen einzurichten und die Bundeskriegsverfassung mit altbewährter preußischer Sparsamkeit fortzuführen. Der Verfassungsentwurf steht indessen auch der echt freiheitlichen Entwickelung in keiner Weise entgegen. Während von der einen Seite Preußen im Heerwesen, in der Marine und in der diplomatischen Vertretung eine feste Stellung gewinnt, steht es auf der anderen Seite dem Reichstage zu, nach Abschnitt II. Art. 4 in den dreizehn namhaft gemachten Fällen, ohne durch ein absolutes oder suspensives Veto gehindert zu werden, Reichsgesetze zu erlassen. Man wird einräumen, daß Preußens Macht, den übrigen Verbündeten gegenüber, die vollkommen maßgebende ist, gleichwohl wird aber, wie der Abgeordnete Wagener am Sonnabend schon bemerkt hat, die Stellung Preußens im Bundesrathe eines starken Rückhalts im Parlament bedürfen. M. H.! Wenn man den Verfassungsentwurf in Vergleich zur französischen oder belgischen Verfassung und zu den deutschen Grundrechten stellt, dann wird man ihn freilich kalt und nüchtern finden, gleichwohl aber entbehrt er auch nicht einer idealen Seite. Er trägt der Sehnsucht des deutschen Volkes nach politischer Einheit Rechnung, er befriedigt sein Recht auf staatliche Macht und schließt fest und unerbittlich die Pforten der Revolution und den Janustempel der Zwietracht. Er wird einen nutzbringenden, friedlichen Wetteifer zwischen dem Bundespräsidium, der Bundesregierung und dem Reichstage hervorrufen und uns die edlen Güter des wirthschaftlichen Fortschritts und der vernünftigen Freiheit sichern.

M. H.! Wir würden in Wahrheit einen kühnen und glücklichen Griff thun, wenn wir die Verfassung so annehmen, wie sie uns aus den Händen des Königs Wilhelm und seiner Minister dargeboten worden ist. Wenn der leitende Staatsmann, den wir mit Stolz den unseren nennen, in hingebendem Eifer an seine Mission nicht alle Bedenken ernstlich abgewogen hat, so wollen wir ihm das nicht anrechnen und an den Segen seines Werkes glauben. Nicht blos große Feldherren, große Dichter und Denker, auch große Staatsmänner sind gleichsam eine unmittelbare Gabe des Himmels, die wir mit Frömmigkeit empfangen sollen, und ich möchte an diejenigen, welche gegen den Verfassungsentwurf protestiren möchten, die Frage richten: wenn Preußen im vergangenen Frühjahre das alte Unwesen des Bundestages in Trümmer schlug, kann dies denn wirklich im Namen der Unfreiheit und des Rückschritts geschehen sein oder nicht vielmehr im Namen der Freiheit und des Fortschritts? Ja, m. H., und wenn das stumpfeste Messer der Reaction in die Hände der Hohenzollern kommt, es wird in denselben doch zur blitzenden Klinge für Recht und Freiheit. Gerade der Grundstein der Militär-Organisation, den das preußische Abgeordnetenhaus in jahrelanger Opposition zurückgewiesen hat, ist zum Ecksteine an dem Gebäude der nationalen Größe Deutschlands geworden. M. H., alle Parteien nennen sich heute national, aber wahrhaft national im Sinne des deutschen Volkes und vor dem Richterstuhle der Geschichte ist nur diejenige, welche auf der durch Preußens Siege geschaffenen Lage fortbauen will, nur ihr wird die Zukunft gehören. Lassen Sie uns deshalb groß sein in einmüthiger Entscheidung; die Ruhmesthaten unseres Heeres, das Wort vom Throne herab, das dringende Mahnen aus dem Munde des Grafen v. Bismarck zwingen uns ebenmäßig zu beschleunigter Vollendung unseres Werkes.

Wir wissen, was wir haben, wenn wir zugreifen, aber kein Mensch weiß was da kommen wird, wenn wir den Verfassungsentwurf zurückweisen. Für mich ist blos die eine Erwägung maßgebend: Wenn ein Volk von 30 bis 40 Millionen erst die Einheit hat und es weiß dann den Weg zu vernünftiger Freiheit nicht selbst zu finden, dann wird es die Freiheit, wenn sie wirklich erlangt ist, auch nicht zu bewahren wissen. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Entwurf an, und wählen Sie dazu den kürzesten Weg. (Bravo rechts.)

Abg. Lasker (gegen den Entwurf): M. H.! Ich habe mich gegen den Entwurf einschreiben lassen, weil ich gegen denselben sehr erhebliche und schwer wiegende Bedenken zu äußern habe, aber ich stehe demselben keineswegs absolut verneinend gegenüber. Mir ist es auch nicht um eine scharfe Kritik um ihrer selbst willen und zu Gunsten einer theoretischen Auffassung zu thun, und ich bemerke deshalb von vornherein, daß es mir vollkommen gleichgiltig ist, ob der Entwurf in die schulgerechte Definition eines Bundesstaates hineinpaßt, oder nicht. Der Verfassungs-Entwurf, der uns vorliegt, trägt allerdings nur den bescheidenen Namen des norddeutschen Bundes, wer ihn aber deshalb mit dem alten Bundestage vergleicht, der wird doch blos das Wort, nicht den Sinn treffen. Hinter dem norddeutschen Bunde steht eine große Staatsmacht und er wird als eine wirkliche Großmacht in das europäische Machtsystem eintreten. Er wird sich Geltung auf dem Meere schaffen und eine einheitliche Flagge wird bald den deutschen Namen an den fernsten Küsten groß machen. Alle Bedingungen eines kräftigen Staatswesens stehen hinter dem norddeutschen Bunde. Allerdings könnte man durch einzelne Formen leicht versucht werden, den Bundesrath mit dem Plenum des alten Bundestages zu vergleichen, aber auch hier verlod blos die Form, nicht der Inhalt dazu.

Von den 62 Stimmen des alten Plenums sind im Bundesrathe nur 43 übrig geblieben, von diesen 43 gehören Preußen 17 und den übrigen 26. Bei diesem Verhältniß wird Preußen, wenn es mit vollem Ernste in seine Aufgabe eintritt, unzweifelhaft leicht finden, sich die Majorität zu verschaffen. Ich glaube auch nicht, daß die Majorität des Bundesraths mit dem Parlamente sich jemals gegen Preußen verschwören könnte. Der Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist, wird stets die Machtstellung Preußens fördern, nie mit den Regierungen der kleinen Staaten sich verbünden, und diese selbst brauchen sich blos an die Geschichte des Jahres 1866 erinnern, um zu wissen, wie schlimm ihnen das Majorisiren Preußens bekommen ist, obschon Oesterreich und die süddeutschen Staaten an diesem Majorisiren sich noch betheiligen konnten. Wenn Preußen je überstimmt werden könnte, dann würde ich sagen: diese Verfassung hat eine Lücke schlimmster Art, aber weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß Preußen auch durch die Verbindung aller Kleinstaaten nicht von seiner Mission abgebracht werden kann, so kommt es mir auf den Namen nicht an und ich acceptire deshalb auch den Bundesrath. Wenn nun ein Redner hervorgehoben hat, daß Preußen mit seinen 24 Millionen sich selbst genug sei und der Kleinstaaten entbehren könne, so möchte ich den Einfluß der letzteren keineswegs ganz gering anschlagen. Der norddeutsche Bund steht jetzt mit 30 Millionen den 8 Millionen des deutschen Südens gegenüber, ohne seine Verbündeten würde Preußen aber nur mit 24 Millionen gegen die 14 Millionen der übrigen Deutschen stehen und man braucht in der That blos diese Zahlen zu betrachten, um der Zuziehung der Kleinstaaten doch einige Wichtigkeit beizumessen. Aber Preußen hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die übrigen Staaten Deutschlands zu einigen; gerade die Bedeutungslosigkeit der übrigen ohne Preußen legt uns die moralische Verpflichtung auf, die sonst brachliegende Kraft der Kleinstaaten für die nationale Machtentfaltung durch den Anschluß an Preußen zu gewinnen.

Vor einigen Jahren hörte man oft aussprechen, daß kein deutsches Dorf von Deutschland verloren gehen dürfe. Heut haben wir nicht mehr zu fürchten, daß das Ausland ein deutsches Dorf wegzunehmen suchen werde, heute giebt es einen andern Merkauf, der dahin geht, daß kein deutsches Dorf der deutschen Freiheit für die Dauer verloren gehen könne. Wir dürfen uns nicht abschließen, weder nach Norden, nach Osten, nach Süden hin. Und bei dieser Ausdehnung des Bundes kann ich nur in der Art die Kategorien des Möglichen und Unmöglichen gelten lassen, daß es nicht auf die Stellung, die das Ausland gegen uns nehmen möchte, ankommt, sondern darauf, daß die Möglichkeit klar liegt, für jede Verbindung, die Preußen kräftigt, die Unmöglichkeit für jede, die Preußen schwächt. Deshalb ist nicht zu übersehen, daß für Preußen selbst in dem Bunde die Stellung eine wesentlich andere ist, wenn Sachsen nicht mehr der erste und Mecklenburg der zweite Bundesstaat neben Preußen ist; mit dem Hinzutritt des Südens zu dem Bunde ist nicht blos dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit ein Gegengewicht gegen Preußen geschaffen. Wenn Preußen indessen kaum ein Interesse haben kann, dem Süden sofort die Theilnahme am norddeutschen Bunde zu öffnen, so sagen wir uns damit nicht für immer von ihm los. Wir sind mit ihm verbunden durch ein einheitliches Zollgebiet und es kann nicht unsere Absicht sein, dieses Band zu lösen. Zwischen Süd und Nord besteht aber noch ein stärkeres Band, das der Hilfsbedürftigkeit des Südens und der Schutzpflicht des Nordens und dieses Band zu lockern, sind wir gewiß am wenigsten geneigt. Wenn nun in dem Verfassungs-Entwurf immerhin auch Fürsorge getroffen werden mag, dem Süden den Anschluß offen zu halten, so möchte ich doch nicht, daß die Verträge, welche etwa geschlossen werden, den Charakter internationaler Verträge haben.

Ich selbst würde nicht Anstand nehmen, die Aufnahme einer ausdrücklichen Bestimmung über den Anschluß des Südens an den norddeutschen Bund zu empfehlen, wenn Preußen dagegen die Befugniß eines Veto gegen etwaige, seinen Interessen schädliche Bundesbeschlüsse erhielt. Aber weiter würde ich nicht gehen, und Anderes hat auch mein Freund, der Abg. für Osnabrück (Miquel) nicht gemeint, als er die Mainlinie nur als Haltestelle, um Wasser und Kohlen einzunehmen, angesehen wissen wollte, und wenn ein anderer Redner diese Worte dahin aufgefaßt hat, daß sie einen neuen deutschen Krieg in Aussicht nehmen, so muß ich diese Auslegung für ebenso unberechtigt als bedauerlich ansehen. Was die Beziehungen zu Oesterreich und die Frage anbetrifft, was aus den dortigen deutschen Stämmen werden soll, so ist es nicht unsere Sache, über zukünftige Chancen der Deutschen gegen Czechen und Ungarn zu discutiren. Ich betrachte blos die heutige politische Lage und heute sind die Deutschen in Oesterreich noch nicht hilfsbedürftig; heut haben wir weder Anlaß noch Verpflichtung, ihnen Schutz zu gewähren. — Meine Herren! Wenn ich nun dem Inhalte des Verfassungs-Entwurfes näher trete, so scheint es mir charakteristisch, daß die ganze Wurzel seiner Entwickelung in der Kriegsverfassung liegt, deren Ursprung im Uebrigen nicht blos auf die Erfolge von Königgrätz zurückzuführen ist, sondern auf das seit einer Reihe von Jahren bereits hervorgetretene Bestreben Preußens, eine wirksame Bundeskriegsverfassung zu schaffen. Ich würde nicht der Wahrheit die Ehre geben, wenn ich nicht offen zugestehen wollte, daß die Vermehrung der militärischen Kräfte Preußens, in großartigstem Maße aufgefaßt, die allgemeine Wehrpflicht in großartiger Weise durchgeführt ist. Aber in dem Verfassungsentwurfe ist neben den militärischen Einrichtungen auch für die Bedürfnisse des allgemeinen Verkehrs in genügender Weise gesorgt, und wo sich ein Bedürfniß noch geltend machen sollte, wird wohl noch Manches hinzugefügt werden können.

Eine andere Seite des Verfassungslebens ist indessen in dem Entwurfe ganz vernachlässigt. Ich will nichts über die Nothwendigkeit der Hinzufügung der Freiheit zur Einheit sagen, denn ich lege diesem Worte etwa nur die Bedeutung des alten Schulstreites zwischen Seele und Körper bei, eine Verfassung läßt sich so nicht scheiden, aber jede Verfassung muß den Bedürfnissen des Volkes entsprechen, und wenn Herr Wagener alle Bedürfnisse des Volkes auf die des Herzens und des Magens zurückführt, so ist mir der Sinn dieser Worte nicht ganz klar geworden, so viel aber weiß ich, daß er den Verstand vergessen hat und die intellectuellen Begriffe. Wir wollen nicht blos das materielle Interesse gewahrt wissen, wir wollen eine Regierungsweise wie sie uns zusagt und in das constitutionelle Leben hineinpaßt. Deshalb vermisse ich in dem Entwurfe zunächst die Verantwortlichkeit der Regierung. Das ist keine theoretische Frage allein; wie ein Jeder in seinem eigenen Haushalte sich verantwortlich ist, so wünscht das Volk, daß der ganze Regierungsapparat in verantwortlichen Händen sei. Das einzige Bedürfniß für die Verantwortlichkeit ist das, daß die Executive von der gesetzgebenden Gewalt getrennt werden muß. Nur im Absolutismus, wo Executive und gesetzgebende Gewalt durcheinanderlaufen, war eine Verantwortlichkeit nicht möglich, wo die ersteren aber getrennt sind, ist die letztere nöthig. Daß sie hier aber zu scheiden sind, liegt in der Natur des norddeutschen Bundes. Angedeutet ist diese Organisation in dem Ausschusse des Bundesrathes, aber das Princip selbst muß in der Verfassung festgestellt werden, um die Verantwortlichkeit, wenn wir sie haben, alsbald auf eine bestimmte Person hinzulenken.

Ich vermisse ferner in dem Entwurfe die gerechte Vertheilung der Lasten. Die allgemeine Wehrpflicht lastet schwer genug auf allen Bürgern, um ihnen ein Recht zu geben, eine gleiche Vertheilung der Lasten zu fordern. Die preußischen Militärgesetze sind zwar in den Entwurf aufgenommen, aber mit der Aenderung der siebenjährigen Präsenz und außerdem ist die ganze Organisation in die Hände des Königs gelegt; alle Grenzen der Eintheilung sind damit verwischt, Alles der Willkür des Bundesfeldherrn anheim gegeben. — Dann halte ich es bei der Verfassung nicht nur nöthig, daß das Volk seine Vertreter wählt, sondern auch, daß die Gewählten mit constitutionellen Befugnissen ausgestattet werden. Welche Befugniß aber haben sie hier? Nichts als die nackte Gesetzgebung; kein Recht der Interpellation, der Petitionsberathung, keinen Schutz für Wiedergebung ihrer Reden in den Berichten der Presse! Indessen will ich heute nicht auf solche Einzelnheiten eingehen, aber m. H., an der Spitze der constitutionellen Rechte steht der Einfluß auf die Finanz-Verwaltung und der Mangel desselben bildet das wesentlichste Bedenken gegen den Entwurf, welcher damit den Einzellandtagen die wichtigste Hälfte ihrer Befugnisse abnimmt. Die Civil-Ausgaben könnte man preisgeben, die stehen so ziemlich fest und es ist wenig in ihnen zu ändern; weit wichtiger sind die Militärausgaben und was bietet uns in dieser Beziehung der Entwurf? Diese Ausgaben werden sich mit Einschluß der Marine auf ungefähr 70 Millionen belaufen und dagegen verschwindet alles Uebrige. Nun seien Sie gewiß, m. H., daß, wenn der Normal-Etat in die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes aufgenommen, wenn die 225 Thlr. pro Kopf genehmigt und der Procentsatz der Aushebung festgestellt, dann werden wir nichts mehr vom Militär-Etat zu hören bekommen; er ist ein für alle Mal fixirt und unserem Einfluß entzogen.

Liegt denn aber der Mangel an unserem verfassungsmäßigen Recht in Bezug auf Ausgabe- und Steuerbewilligung, diese bedenklichste Lücke in dem Entwurfe, im Interesse der Regierung selbst? Wenn der Reichstag keine Einnahmen zu bewilligen hat, was soll dann angefangen werden im Falle eines Krieges? Anleihen kann er auch nicht votiren, also bleibt nichts, als die Matricularumlage auf die einzelnen Staaten, die von einigen zwanzig Landtagen genehmigt werden muß. Wie solche Wirthschaft durchzuführen sein möchte, weiß ich nicht, ebenso wenig sind wir unterrichtet, wie die Regierung sich das und Aehnliches vorstellt, denn dem Entwurfe fehlen die Motive und bis jetzt hat sich kein Mitglied des Bundespräsidiums zur Ertheilung einer Auskunft gedrungen gefühlt. Die Gründe, die der Abg. Wagener für den Normaletat anführt, kann ich nicht gelten lassen; Preußen kann nicht in dieser Art majorisirt werden, seine Stellung im norddeutschen Bunde beruht ja nicht auf Willkür, sondern auf dem natürlichen Uebergewicht seiner Macht. Wenn er dann auf den Conflict und die Natur des noli me tangere im preußischen Militäretat hingedeutet hat, so faßt er die Frage des Conflicts viel zu äußerlich auf und berührt nicht ihren inneren Grund. Nicht in dem Militäretat selbst war der Conflict zu suchen, sondern darin, daß wir eine gesetzliche Votirung desselben verlangten und eine verfassungsmäßige Austragung der damit verknüpften Fragen. Daß dieser Conflict so lange schweben konnte, hat wahrlich nicht an einem Ueberschuß an Macht des Landtages gelegen. Gelöst aber kann ein Conflict nicht werden im Sinne des Abg. Wagener, indem man den einen Theil der Streitenden noch mehr einschränkt: das ist einfach nichts als Unterdrückung dieses einen Theils. Wenn nun dem Reichstage nicht das Budgetrecht gegeben wird, dann liegt die Gefahr eines neuen Conflicts nahe, weil derselbe nothwendig seine Macht zu erweitern suchen wird.

Das aber ist nicht die Art, wie in Preußen der alte Conflict nach dem Tage von Königgrätz gelöst wurde dadurch, daß die Regierung offen zugestand, wie sie nicht im Rechte gewesen sei, ein Zugeständniß, das uns nicht weniger Ruhm in Europa eingetragen hat als der Glanz unserer gewonnenen Schlachten. So Mancher hoffte damals, daß nun eine Epoche des Säbelgerassels angehen würde, aber man sah mit Staunen, daß der Waffenerfolg nur das Bewußtsein des Staatsbürgerthums gehoben hatte und daß die Regierung nicht in Unterdrückung, sondern in Anerkennung des Rechts ihrer Gegner den Conflict zu lösen wußte, trotz der Anspornung zu schrofferem Auftreten, die sich freilich nur untergeordnete Blätter der Feudalen erlaubten. Lassen wir aber auch dem Abgeordnetenhause die Gerechtigkeit widerfahren, daß es die dargebotene Hand der Regierung, wo dies nöthig gewesen, nicht zurückgewiesen hat. Die Majorität der liberalen Partei war freilich nicht so groß als früher, aber doch noch stark genug, um bei allen principiellen Entscheidungen der Abstimmung sicher zu sein, und sie hat nirgends alten Haß und altes Vorurtheil geschürt. Ich bin mit meinem Urtheile über den Entwurf noch nicht fertig, aber ich und meine Freunde haben den ernsten Willen, das Verfassungswerk zu Stande zu bringen unter der Bedingung, daß die Freiheit nicht verkümmert, daß Alles aufgenommen werde, was für ein Parlament durchaus nöthig ist, und daß nicht die wesentlichsten constitutionellen Rechte fehlen, welche aufzugeben keine parlamentarische Vertretung einer andern zumuthen darf. (Bravo links.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) [vom Platze; Ruf: Tribüne]: Meine Herren! Ich mißgönne Niemandem den Glanz der Tribüne; ich aber liebe sie nicht und möchte Sie bitten, auch in dieser Beziehung Jeden nach seiner Façon selig werden zu lassen. Meine Herren! Ich kann nicht sprechen im Namen einer politischen Partei, sondern nur in meinem eigenen Namen; denn die politischen Verhältnisse und Parteien sind noch nicht so geklärt, daß irgend eine Partei eine definitive und bindende Erklärung über ihre Stellung zu der vorliegenden Frage abgeben könnte, und dies ist sehr gut; denn es würde nur ein Hinderniß bilden zur Verständigung in dieser so hochwichtigen Sache. — Der uns vorgelegte Verfassungs-Entwurf hat keine Motive; das ist ein formeller Fehler; aber unter den Umständen, wie sie gegenwärtig liegen, ist es kaum möglich gewesen, dem Entwurfe Motive beizugeben. Denn unter den Mitgliedern der Bundes-Commission haben sehr verschiedenartige Motive obgewaltet (Heiterkeit. Ruf: Sehr wahr!), und wenn man diese Motive hätte anführen wollen, hätte man wohl 22 Motive zu jedem Artikel beigeben müssen. (Heiterkeit.) In dieser Meinung bin ich noch bestärkt worden durch das Studium der Protocolle; diese belehren uns ausreichend über die äußeren Schwierigkeiten. Wir finden da so viel Clauseln, Bedenklichkeiten und Vorbehalte, daß es wahrhaft erschrecklich ist und die lebhaft erinnern an die von Blackstone gegebene Etymologie des Wortes „Parlament“ aus parium lamento (große Heiterkeit!); daß keine Motive vorhanden sind, hat also seinen Grund, und ich halte es für kein Unglück. Die Motive, die belebende Kraft müssen wir selbst hineintragen in den Entwurf und die Ausarbeitung derselben der Nation, der Zeit, der Zukunft überlassen. (Beifall.)

An dem Entwurfe wird ferner die Form getadelt. Der Entwurf hat allerdings wenig Aehnlichkeit mit einer Constitution; er ist nicht correct, noch viel weniger elegant zu nennen. Was hülfe es uns denn aber, wenn er noch so correct und elegant wäre, aber ein Stück Papier bliebe, wie die so correcte und elegante Reichsverfassung von 1849? (Beifall rechts.) Ich verzichte gern auf die Form, wenn ich nur den Inhalt erreichen kann; wenn ich die Garantie erhalte für eine einheitliche Constitution, ohne dadurch zu präjudiciren der Fortentwickelung der wirthschaftlichen und bürgerlichen Freiheit. — Werfen wir einen Blick auf die verschiedenen Stadien, die unsere Arbeit zu durchlaufen hat, so finden wir im Jenseits unserer jetzigen Verhandlungen ein Stück Sisyphus-Arbeit; der Stein ist mit Mühe heraufgewälzt; wir haben dafür zu sorgen, daß er nicht wieder entgleite den Händen, die ihn hinaufgewälzt haben, wir müssen ihn weiter zu schieben suchen. — Wir haben hier keine formelle Autorität; wir sind keine constitutionelle Versammlung; wir können nichts octroyiren; wir können nur Rath ertheilen. Was uns aber an formeller Autorität entgeht, das gewinnen wir an moralischem Gewicht. Denn es giebt keine Potenz in Deutschland außer uns, die fähig wäre, das schwere Werk der Vermittelung zwischen den Vertretern der Regierungen und den einzelnen Bestandtheilen des Volkes zu vollenden. Diese Aufgabe kann nur vollenden eine aus allgemeiner, freier und directer Wahl hervorgegangene Versammlung; und wenn wir hier auch nur die Stelle eines Rathgebers haben, so sind wir doch Rathgeber erster Klasse. — Wie die preußische Regierung gleich einer provisorischen Centralgewalt den Entwurf zu Stande gebracht und die Zustimmung der Regierungen hierzu verschafft hat, so müssen wir den Entwurf unsererseits zum formellen Abschluß bringen und uns bemühen, demselben die Zustimmung der verschiedenen deutschen Volksvertretungen zu verschaffen.

Am Sonnabend hat nun ein Redner hier ausgesprochen, daß, wenn die Bundesverfassung in Widerspruch trete mit der preußischen Landesverfassung, er dieselbe nicht annehmen könne. Meine Herren! Das halte ich für einen verhängnißvollen Irrthum. Man kann keine Bundesverfassung, keine Reichsverfassung machen, ohne die Einzel-Landesverfassungen zu ändern (Ruf: sehr richtig), und wer sich auf den Standpunkt stellt: „Ich habe die Landesverfassung beschworen, die darf nicht geändert werden“, der sagt: ich will keine Landesverfassung, ich will keine Reichsverfassung. (Beifall.) Wie kann da von einer Verletzung des Gewissens die Rede sein, von einer Beeinträchtigung der Landesverfassung, wenn die Landesverfassung auf verfassungsmäßigem Wege geändert wird? Der Abg. Waldeck hat neulich ausgeführt, daß keinerlei Verträge auf Ewigkeit geschlossen werden können; das ist gewiß eine Wahrheit; aber auch keine Verfassung der Welt kann auf Ewigkeit gegründet werden; jede Verfassung der Welt muß sich unterordnen den Bedürfnissen des Ganzen, und jede Verfassung der Welt muß sich den Aenderungen unterwerfen, die aus der Culturentwickelung und den Fortschritten der Civilisation der Nation sich mit Nothwendigkeit ergeben; und ich kann mir keine schlechtere Verfassung denken, als eine solche, die niemals geändert werden dürfte und an der eine Fortentwickelung nicht denkbar wäre. Mit demselben Rechte, wie die preußischen Abgeordneten sich auf diesen Standpunkt stellten, kann es jeder Abgeordnete eines norddeutschen Territoriums. Ich glaube wohl, daß alle 22 Staaten auch Verfassungen haben (Heiterkeit), und da könnten ja auch die Abgeordneten aus Dessau oder Schwerin oder Reuß ältere und jüngere Linie (große Heiterkeit) dasselbe sagen und opponiren gegen die Gründung eines norddeutschen Bundes, wenn in irgend einem noch so geringen Partikelchen eine Abänderung mit Bezug auf Reuß ältere Linie getroffen werden sollte. (Heiterkeit.)

Ich finde es sehr begreiflich, daß diejenigen Herren, welche die Ehre haben, schon längere Zeit dem preußischen Staate anzugehören, welche Ehre ich erst seit kurzer Zeit genieße und welche betheiligt waren an dem bisherigen schweren Verfassungskampfe, die Rückerinnerung auch hier nicht schwinden lassen können. Mit großem politischem Muthe, aus voller freier Ueberzeugung haben sie einen schweren Kampf gekämpft. Ehre den wackern Kämpfern! Dieser Kampf schweigt aber augenblicklich. Er ist aber uns in den einzelnen Ländern zu Statten gekommen; er wird Preußen zu Statten kommen, er wird dem deutschen Reiche zu Statten kommen. Kein Wort, kein einzelner parlamentarischer Kampf wird verloren gehen und ich würde es für ein großes Unrecht halten, wenn Jemand, der nicht die Ehre hatte, an diesen Kämpfen betheiligt zu sein, mit Geringschätzung herabblickte. — Unsere Aufgabe aber ist im gegenwärtigen Augenblicke nicht die, den Kampf fortzusetzen. — Ich fühle das Bedürfniß, diesen Entwurf, zu dem die preußische Regierung mit anerkanntem Geschick durchgesteuert per varios casus, per tot discrimina rerum, weiter zu bringen und zu fördern, die Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen hierzu zu erwirken und bald zum Abschluß zu bringen das Werk, von dem man sagen kann: „tantae molis erat germanicam condere gentem.“ Bis zum August muß es vollendet werden und es ist keine Zeit dabei zu verlieren, da die Zustimmung aller Partialvolksvertretungen gesucht werden muß. Um diese leicht zu erlangen, darf keines der constitutionellen Rechte und Befugnisse, welche die einzelnen Volksvertretungen haben, bei Ver-

legung aus der Partialvolksvertretung in die Centralvolksvertretung verkümmert oder bei Seite geschoben werden.

Wenn wir die Einheit haben wollen, so ist es allerdings absolut nothwendig, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die einzelnen Volksstämme Opfer bringen; wir haben aber vor allen Dingen darauf zu wachen, daß bei dem Transport der Rechte aus den Partialversammlungen in die Centralversammlung nicht zu viel verloren gehe. — Werfen wir einen Rückblick auf die Entwickelung zur deutschen Einheit, so finden wir, daß seit dem vorigen Jahrhundert gerade die preußische Regierung diese Einheit zu erstreben suchte; die Jahre 1785, 1806, 1849 und 1850 bezeichnen Etappen auf diesem Wege. Zwei Punkte aber waren es, an denen diese Bestrebungen bis jetzt gescheitert sind. Man faßte erstlich nicht den nöthigen Entschluß, den Dualismus zu brechen und die habsburgische Fremdherrschaft in Deutschland zu beseitigen (Bravo). Ueber diesen Punkt sind wir heute glücklich hinaus. Dank dem glücklichen Schwert des tapferen preußischen Volkes. Das zweite Hinderniß war, daß man vergaß, daß solche Bestrebungen getragen werden müßten von dem Willen der Nation und daß man dabei nicht auf die einzelne Cabinete bauen darf, welche, sobald die zwingende Macht nachgelassen, zurückfallen in ihre centrifugalen Gelüste. Und wenn man uns zuruft: „Denkt an Frankfurt, begnügt Euch mit dem Erreichbaren, damit nicht das Ganze als fata morgana wieder entschwinde", so können wir sagen: „Wir sind dessen eingedenk, wir wissen die nöthigen Opfer zu Opfer zu bringen, wir wollen die deutsche Individualität nach Kräften abthun; aber man denke auch an Erfurt, wo das Werk mißrathen ist, weil es gebaut wurde auf den guten Willen der Cabinette, dem man auf die Dauer nicht vertrauen kann; das zu Grunde ging, weil sich die Nation nicht dafür entflammen konnte, weil es entbehrte der freiwilligen enthusiastischen Huldigung der Herzen und Geister in Deutschland.

Ich glaube nämlich, daß im nationalen Leben eines Volkes mehr Rücksicht auf Herz und Geist genommen werden muß, als auf den Magen, den der Abg. Wagener neulich so sehr betonte. Auch mit Rücksicht auf das Ausland, das voll Eifersucht auf unsere glücklichen Waffenthaten blickt, ist es gut, wenn wir den Beweis führen, daß die Nation nicht in wüsten Chauvinismus verfallen ist, sondern daß sie sich constituiren will im Wege des Friedens und daß sie basiren will auf dem Grunde der wirthschaftlichen und bürgerlichen Freiheit. — Auch den unberechtigten Particularisten wird man so am besten entgegenwirken; denn es giebt auch berechtigte Particularisten, die sich beschweren, gegen Nivellirung und Uniformirung, mögen sie von demokratischer oder absoluter Seite kommen. (Beifall rechts.) Meine Herren, ich mache kein Hehl daraus, daß ich durchaus gegen einzelne der „Grundrechte" bin. So meine ich z. B., man kann keine Agrarverfassung in ganz Deutschland einführen; die Verschiedenheit des Bodens und der Cultur lassen nicht zu, daß Alles nach einer Façon behandelt wird. Unberechtigte Particularisten sind aber die, welche den Theil über das Ganze setzen; wenn z. B. die Kleinstaaten in ihrer Selbstüberhebung und Verblendung so weit gehen, daß sie fortfahren, dem nationalen Leben des Volkes Hindernisse zu bereiten und sich in Widerspruch setzen gegen den Willen der Nation und die leitende Macht an der Spitze derselben. Wenn die Kleinstaaten sich bescheiden, die bescheidene Rolle zu spielen, zu der sie nach Lage der Dinge nur berechtigt sind, so wird ihnen Niemand einen Stein in den Weg legen; und wenn sie hierfür eine Garantie verlangen, so ist dies wohl kein unberechtigter Wunsch. — Die Bedenken, welche von einigen Seiten gegen die Mainlinie vorgebracht worden sind, kann ich nicht in dem Maße theilen; denn vorher hatten wir nicht eine Mainlinie, sondern einige dreißig Mainlinien; es ist also schon ein Fortschritt gegen früher.

Ich fürchte auch nicht, daß über Nacht in Deutschland ein Südbund erwächst; denn das Element, das in Süddeutschland die Gründung eines Sonderbundes wünscht, will gar keinen Staat; sie negiren die Existenz des Staates; sie möchten lauter einzelne Kirchspiele haben und an die Stelle des Staates einzelne Cantönli setzen, wo Jeder sich als souveräner Präsident an die Spitze stellen möchte. Von solchen centrifugalen staatenfeindlichen Gewalten ist die concrete positive Schöpfung einer Staatenbildung nicht zu erwarten. Die Rücksicht auf den Süden kann uns also von der Gründung des norddeutschen Bundes nicht abhalten, sie kann uns nicht abhalten davon, einzutreten in die Gesellschaft der großen und vollmächtigen Nationen in Europa, und ich würde es unbegreiflich finden, wenn wir in jenem Hange nach Individualität, der uns zur komischen Figur in Deutschland macht, an der Pforte des Eingangs wegen irgend einer Kleinigkeit sagten: „Ich will nicht". Deutschland ist der hochcultivirteste und entwickeltste Staat; es besitzt ein Uebermaß an aller Kraft, die zum Leben der Nation nöthig ist; so lange es aber die Einheit nicht besitzt, hat es einen Leib, aber keinen Kopf; es hat Arme und Beine, aber kein Gehirn. Was thun wir denn aber mit aller Kraft, wenn sie nicht commandirt wird von der nationalen Idee? — Wir haben es erlebt, daß Deutschland in den Jahren 1859 und 1866 von Waffen gestarrt hat von oben bis unten; aber es waren nur bewaffnete Menschen, keine Armee. Die Bundesarmee oder, wie man sie auch nannte, die Reichsarmee (Heiterkeit) war nur ein Haufe Bewaffneter, dem gerade alles dasjenige fehlte, was zu einer einheitlichen Armee nothwendig ist. — Meine Herren! Den Süden gewinnen wir nicht dadurch, daß man ihm nachläuft mit schönen Redensarten; seit 10 Jahren hat man dies geübt; aber je eifriger man ihm nachgelaufen, desto eifriger ist man fortgelaufen. (Heiterkeit; Beifall rechts.)

Sie wurden dadurch erst recht mißtrauisch, indem sie die versteckte Absichten witterten und selbst den eigenen Gemeinwegen kein Vertrauen schenkten; so haben wir sie nur in wirthschaftlicher Beziehung Propaganda machen können; mit unseren Einheitsbestrebungen aber haben wir bei der großen Masse Fiasco gemacht. Wir müssen die Arbeit jetzt dem Süden selber überlassen; er ist schon eifrig daran; seine eigene Lage in wirthschaftlicher Beziehung bietet ihm ausreichend zur Aufklärung. (Heiterkeit. Beifall.) Wir haben dem Süden nur zu zeigen, daß wir ein möglichst vollkommenes Werk zu schaffen; diese That wird eine stärkere Gewalt auf den Süden ausüben, als alle schönen Redensarten. (Beifall rechts.) Der Süden hat eine natürliche Abneigung gegen die Einheit, in dem Glauben, daß dieselbe große Opfer erfordert; diesen Glauben können und dürfen wir nicht ausreden; denn er ist wahr; wir dürfen in dieser Beziehung keine Täuschung erwecken; denn diese würde verhängnißvoll werden, ebenso verhängnißvoll wie für Italien. Um die Einheit zu erringen, sind große Opfer an Capital und Manneskraft erforderlich. Die Italiener aber faßten ihre Aufgabe zu leicht auf; sie glaubten eher ernten zu können als sie gesäet hatten; in Folge dessen sind sie mit Militär und Marine, sowie mit ihrer Finanzlage in große Schwierigkeiten gekommen, deren baldige Ueberwindung ich ihnen von Herzen wünsche. Ich bin weit entfernt davon, hier einen Angriff zu erheben gegen die Italiener, eine edle Nation, mit welcher wir Jahrhunderte lang auf dem Boden der Culturentwickelung verbunden gewesen sind und die uns noch in kürzester Zeit das erhabene Beispiel gegeben hat, trotz der größten Versuchung mit untadelhafter Treue die geschlossenen Verträge zu halten. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe sie nur als Beispiel anführen wollen, daß wir nicht vergessen sollen, daß man die Einheit nicht erringt, nicht erspringt und nicht erturnt. (Beifall rechts.) Man muß vielmehr alle Kräfte des Geistes bis an die Grenze der Möglichkeit anstrengen, und man darf sich dabei nicht dem Glauben hingeben, daß, sowie der Baum gepflanzt ist, man auch schon die Früchte einernten könne. Wir können uns hierbei zum Muster nehmen die glorreiche Periode des preußischen Staates von 1806–1813, wo die großen Reformen vorbereitet wurden, die später so glänzende Erfolge für die Armee erzielt und zur Blüthe aller wirthschaftlichen und bürgerlichen Interessen beigetragen haben. Wenn wir auf dieser Bahn vorschreiten, werden wir allerdings noch manchem Widerspruch begegnen, aber wir werden auch den überwinden und das Wort Uhland's wird sich bethätigen, daß das groß ist, was auch nach der Größe der schlichte Heldensinn leistet; der schlichte Heldenmuth wird es sein, der in dem Gebiet der socialen bürgerlichen Thätigkeit am Webstuhl und am Pfluge. — Was die einzelnen Punkte des Entwurfs betrifft, so habe auch ich mannigfache Bedenken, zunächst beim Steuerwesen. Die Matricularumlage für die Dauer scheint mir außerordentlich bedenklich. Im deutschen Reich ist diese Art der Aufbringung von Steuern auch erst dann eingeführt worden, als die Reichsfinanzen und die Armee schon in Verfall waren, und sie hat den Verfall desselben beschleunigt. Die Finanz-Maßregeln werden, meiner Meinung nach, dahin gehen, daß die Einnahmen des Reichs aufgebracht werden auf dem Wege einer bestimmten directen Reichssteuer, die ausgeschrieben und von der Reichsgewalt erhoben wird.

Ich hoffe, daß hierdurch auch die Widersprüche gelöst werden, die erhoben werden gegen die die Rechte der Volksvertretung beeinträchtigenden Finanz-Vorschriften des Entwurfs und ich hoffe, daß hierdurch verhütet wird sowohl der Nothstand, als die Versuchung. — Sodann muß aber so organisirt werden, daß jede Reibung zwischen der Bundesgewalt und den Territorialgewalten unmöglich ist. — Sodann ist in dem Entwurfe die Bestimmung über das Indigenat. Das ist kein Indigenat; das sind höchstens Bestimmungen, wie sie durch internationale Verträge zwischen ganz fremden Nationen festgestellt werden, und von einem deutschen Bürgerrecht himmelweit entfernt. Ein gemeinsames gleiches deutsches Bürgerrecht ist aber nöthig nicht nur zur Herstellung der wirklichen Einheit, es ist nöthig zur wirthschaftlichen Fortentwickelung. — So kann in Mecklenburg die Niederlassung und der Gewerbebetrieb beschränkt werden durch Staat, Gemeinde, Gutsherrn und Zünfte. Wenn es da heißt: „Jeder Preuße darf in Mecklenburg dasselbe Recht genießen", so heißt das gar nicht deutsch nichts Anderes, als er hat gar keine Rechte. (Heiterkeit. Beifall.) Wir brauchen aber ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Keine Staats- und keine Communalbehörde, keine Zunft und keine Corporation darf das Recht haben, die Verheirathung, die Niederlassung, den Gewerbe- und Geschäftsbetrieb eines Deutschen zu hindern; das ist wahres deutsches Bürgerrecht. — Auf weitere Specialitäten will ich jetzt nicht eingehen; ich bitte, bei Berathung des Entwurfs die Interessen des Ganzen über die berechtigten oder unberechtigten Interessen der Einzelnen zu stellen und den Vorwurf zu vermeiden, daß wir eine Nation sind, die wohl dichten und träumen kann, die aber, wenn das Glück die Stirn mit vollen wallenden Locken bietet, wartet, bis es vorbei ist und nichts mehr zeigt als das kahle Hinterhaupt. (Lebhafter Beifall. Nach Schluß der Rede begiebt sich Graf Bismarck zum Redner und unterhält sich längere Zeit mit demselben. Während der ganzen Rede herrschte im Hause die gespannteste Aufmerksamkeit.)

Abg. **Groote** wendet sich unter großer Unruhe gegen die Abgg. Lasker und Braun, beklagt, daß alle Vertheidiger der Volksrechte diese im Stiche ließen um der sogenannten Einheit willen, zergliedert den Entwurf als absolutistisch und als Trennungsmittel vom Süden, kommt mehrmals auf die „Kühnheit" des preußischen Ministerpräsidenten zu sprechen und auf die Haltestelle des Abg. Miquel, wo die Reparatur der Maschine eben so wichtig sein werde, wie die Einnahme von Kohlen.

Vorsitzender der Bundescommissare Graf Bismarck: Wenn ich in diesem Stadium das Wort ergreife, meine Herren, so ist es nicht meine Absicht, Sie nach dem Wunsche des Vorredners durch staatsmännische Kühnheit zu überraschen, sondern Sie im Gegentheil vor dieser Gefahr zu warnen; es kann auch nicht meine Absicht sein, Ihnen die fehlenden Motive für den Gesammtinhalt des Verfassungsentwurfes zu entwickeln, aus demselben Grunde nicht, aus dem Ihnen überhaupt keine vorgelegt wurden. Dieselben hätten zu umfassend sein müssen, es wäre eine Werk zu schreiben gewesen, zu dessen Abfassung eine Zeit von vier Wochen kaum zu kurz gewesen wäre, wenn es sich einigermaßen auf der Höhe seiner Aufgabe hätte halten wollen. Wir hätten sodann die Motive der Versammlung der Commissare zur Annahme vorlegen müssen und wir würden, ich weiß nicht wie viel Zeit gebraucht haben, um sie zu berathen, mehr Zeit, als um sie auszuarbeiten; wir würden dann gewiß heute noch nicht hier vereint sein. Wir hätten in dieselben gewiß auch Dinge hineingebracht, die gar nicht bestritten werden; ich mache auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten für Wiesbaden und Osnabrück aufmerksam, die schon manche dieser Motive beigetragen haben. Meine Absicht ist es ebensowenig, der Special-Debatte hier vorzugreifen, sondern ich will nur wenige allgemeine Gesichtspunkte, die uns bei unserer Arbeit geleitet haben, Ihnen vorlegen.

Es hat nicht unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Verfassung herzustellen, die Einheit Deutschlands auf ewig mit staatlichen Formen zu versehen. Einen solchen Stein der Weisen zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen; einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Decimalstellen näher zu rücken, ist uns nie in den Sinn gekommen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, in richtiger Würdigung derjenigen Widerstandskräfte, an denen gleiche Bestrebungen in Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, ein Minimum derjenigen Concessionen zu finden, welche die Sonder-Existenzen der Allgemeinheit machen müssen, wenn dieselbe lebensfähig sein soll. Ob das so herausgekommene Elaborat Verfassung heißt oder nicht, thut nichts zur Sache; die Bahn ist dann frei, und wir können zu dem Genius des deutschen Volkes das Vertrauen haben, daß es auf dieser Bahn den Weg zum Ziele finden wird. (Bravo.) Viele Wünsche, das gebe ich zu, bleiben allerdings unbefriedigt; ich begreife aber nicht, wie man, weil diese Wünsche unerfüllt geblieben sind, das Gebotene ablehnen kann und dabei doch behaupten, daß man das Zustandekommen einer Verfassung wolle. — Gegen den Entwurf selber sind nun Einwendungen von zwei Seiten laut geworden, von, ich möchte sagen, unitarischer sowohl wie particularistischer. Von ersterer Seite nun wendet man zunächst ein, daß man auch von diesem Entwurfe die Herstellung eines verantwortlichen Ministeriums erwarten müsse. Ich frage, wer sollte dies Ministerium ernennen? Die Menge der Regierungen macht es unmöglich, derartige Forderungen zu erfüllen; die Regierungen aber auszuschließen von der Herstellung der Execution, ging ebenso wenig an, es hätte dann eine einheitliche Spitze mit monarchischem Charakter errichtet werden müssen, und das wäre kein Bundesverhältniß mehr, sondern eine Mediatisirung, die von unseren Bundesgenossen weder bewilligt noch von uns erstrebt worden ist.

Wir glauben auch nicht, daß die jetzigen deutschen Fürsten bereit sein werden, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Peers zu vertauschen; wir haben ihnen auch diese Zumuthung weder gemacht, noch werden wir sie ihnen machen. Noch weniger aber kann ich es als unsere Aufgabe betrachten, auf die Uebermacht Preußens sich zu berufen, am allerwenigsten gegen Bundesgenossen, die im Augenblicke der Gefahr treu zu uns gestanden oder auf Grund geschlossener Verträge mit uns jetzt verbündet sind. Die Basis der neu zu schaffenden Verhältnisse kann und soll nichts Anderes sein, als das Vertrauen zur Vertragstreue Preußens. Es ist auch angespielt auf die Erklärungen einiger Regierungen in dem Schlußprotocolle. Ich habe bedauert, daß die darin enthaltenen Auffassungen erst in dem Schlußprotocolle zu Tage getreten sind; wären diese Erklärungen früher gemacht worden, so hätte man wenigstens darüber urtheilen können, welche Aufnahme dieselben bei der Mehrzahl der Regierungen gefunden hätten. So aber kann ich dieselben nur als ein todtes Glaubensbekenntniß ohne Werkthätigkeit auffassen. Bedenklicher sind die Einwendungen gegen den Verfassungs-Entwurf, die von particularistischer Seite gemacht werden. Unter Particularismus denkt man sich sonst einen widerstrebenden Dynasten oder einen Stand, eine Kaste, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonder-Interessen entgegenstellen. Heute haben wir es mit einer neuen Species des Particularismus, der **parlamentarischen** Species zu thun. Wie man früher sagte: „Hie Welf! Hie Waiblinger!" so heißt es heute: „Hie Landtag! Hie Reichstag!" und man spricht von dem Rechte des preußischen Landtages zu den Resultaten hier später Nein zu sagen.

Dies Recht hat jeder einzelne Landtag, bisher sind jedoch die Widerspruchsrechte der übrigen Landtage auf dieser Tribüne nicht in der Weise angedeutet worden, wie gerade des preußischen. Und ein Vertreter einer norddeutschen Politik begeistert sich plötzlich für die preußische Verfassung, während ein katholischer Priester dieselbe auf gleiche Höhe wie die Bibel stellt, wobei es mich allerdings überrascht hat, daß er die Wirkung davon durch eine scherzhafte Seitenwendung auf mich abgeschwächt hat. Mit Bezug auf dies Letztere habe ich nur zu erwidern, daß ich meinem Könige und dem Lande noch nie den Dienst versagt habe, daß ich ihn aber versagen würde in dem von ihm angedeuteten Falle und daß ich es denjenigen überlassen würde, in diesem Chaos und Labyrinth sich zurechtzufinden, die dasselbe herbeigeführt haben. Wenn von anderen Seiten und zwar von solchen, die sonst in vielen Punkten gemeinschaftlicher Ansicht sind mit mir und die wirklich das Zustandekommen der Sache wollen, dennoch der Satz aufgestellt ist, daß die preußische Verfassung über dem Reichstage stehe, wenn dieselbe schon jetzt vor diese Assisen citirt wird, so hat mich ein demüthigendes Gefühl darüber beschlichen, daß die neuen Angehörigen unseres Staates so rasch ihre Illusion verlieren sollen; ich möchte doch die Herren, die so kurzweg das Wort hier aussprechen von der im preußischen Landtage zu erwartenden Verwerfung der Verfassung, ich möchte sie doch fragen, abgesehen von ihrer Legitimation, die schon gestern bezweifelt worden ist, was würden Sie sagen, wenn heute schon eine Regierung erklärte, im Falle diese oder jene Bestimmung aufgenommen werde, müsse sie sich gegen die ganze Verfassung erklären? Was würden Sie sagen, wenn ein Stand, eine Kaste dieselbe Erklärung abgäbe, wenn ein Mitglied der mecklenburgischen Ritterschaft erklärte, „wenn das und das geschieht, dann spielen wir nicht mit?"

Ich erinnere mich, daß, als in Frankfurt und namentlich als in Erfurt das Verfassungswerk mißlang — hauptsächlich durch das Widerstreben von Sachsen und Hannover, die mehr Zutrauen zu Oesterreich als zu der preußischen Regierung hatten — ich erinnere mich noch sehr wohl, wie man gegen uns, die man die preußische Junkerpartei nannte, die wir damals das Zustandekommen der Verfassung angeblich verhindert hatten, loszog, wie man uns Mangel an Vaterlandsliebe vorhielt und uns mit Schmähungen und Vorwürfen jeder Art überhäufte. Wenn das **ältere** Recht für den preußischen Landtag in Anspruch genommen wird, so unterschätzen Sie den Ernst der Situation. Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfelspiel, bei dem um Kaiser- und Königskronen gespielt wurde, daß die Abertausende von dafür in den Tod geschickten Menschen, daß dies Alles mit einer bloßen Landtags-Resolution ad acta geschrieben werden könnte? Es liegt mir fern, eine Drohung auszusprechen, aber ich habe die sichere Ueberzeugung, kein deutscher Landtag würde einen solchen Beschluß fassen, wenn wir uns einigten. Ich möchte die Herren, die sich dies möglich denken, wohl sehen, was sie einem Invaliden antworten würden, der sie darüber befragte: „Ja freilich, aus der deutschen Einheit ist wieder nichts geworden, haben uns auch nicht sehr darum bemüht, ist ja so leicht zu haben, nächstes Mal holen wir sie uns; aber wir haben das Budgetrecht des preußischen Staates gerettet, das Recht, die ganze Militärverfassung in Frage zu stellen, ein Recht, das wir zwar als gute Patrioten nie ausüben werden, aber es ist doch schön, das Recht zu besitzen." M. H., das ist eine unmögliche Situation, und ich wende mich daher von solchen Phantastereien zu wirklichen Einwänden.

Es ist in der Thronrede erklärt, und ich wiederhole es, wir halten dies Werk der Verbesserung für fähig. Sie müssen doch die Regierung nicht im Verdacht haben, daß sie sich von der historischen constitutionellen Entwicklung Deutschlands loslösen und den Parlamentarismus aufräumen wolle? Was hätten wir denn davon? Ist denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine solche, die sich die Aufgabe gestellt hat, ein großes Werk zu begründen, können Sie sich denken, daß diese es sich zur systematischen Aufgabe stellt, die Rechte der Bevölkerung auf Theilnahme an ihren eigenen Angelegenheiten abzuschaffen, zu unterdrücken, in eine durchgreifende Reaction sich einzulassen? Das können sie von einer Dynastie, die in Preußen regiert, nicht erwarten, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei herantritt. Wir wollen daher den Grad von Freiheit, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend verträglich ist, und wollen diese in der Verfassung ausgesprochen wissen. Was nun das Militärbudget betrifft, so kann es nicht in unserer Absicht liegen, dasselbe ganz dem Reichstage zu entziehen. Wir würden ein Budget der Gesammt-Ausgaben, die militärischen nicht ausgeschlossen, dem Reichstage vorlegen, nur mit der Maßgabe, daß an den letzteren keine Ausstellungen gemacht würden, wenigstens nicht solche, die man nicht mit dem Bundesfeldherrn vereinbart. Namentlich gilt das für die nächste Zukunft; es muß wenigstens einen Zeitraum geben, in welchem die Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Majoritäten abhängt.

Und bei diesen würde ich weniger von dem Particularismus fürchten als von der Vermischung der Grenzen parlamentarischer und fürstlicher Gewalt mit der deutschen, nationalen Frage und der Frage nach der Sicherheit der Grenzen, von dem Streben, die parlamentarische Gewalt gerade an der Armee üben zu wollen, während diesem Bedürfnisse doch mannigfache andere Felder zu Gebote stehen, während man doch namentlich bei Zöllen, bei Eisenbahn- und Telegraphenwesen es versuchen könnte, die Regierung lahm zu legen. Das wäre viel wirksamer, als wenn Sie sich gerade an die Armee machen; denn hier handelt es sich um die Sicherheit und Existenz des Landes und da ist die Regierung durchaus nicht in der Lage nachzugeben, wie sie es lange Jahre hindurch in Preußen bewiesen hat. Wenn der Bundesarmee die jetzige Basis in Frage gestellt werden sollte, so würde das auf mich, wenn ich ein Beispiel aus einer Beschäftigung wählen darf, die ich hatte, ehe ich mich der Politik widmete, denselben Eindruck machen, als wenn in einem Deich-Verbande alljährlich nach Kopfzahl darüber abgestimmt wird, ob die Deiche durchstochen werden sollen oder nicht. Jedenfalls brauchten wir in dieser Beziehung ein unantastbares Uebergangsstadium, und dieser Gedanke wird vielleicht auch einem großen Theile der strengeren Constitutionellen zusagen.

Indem ich mich nun zu specielleren Theilen, die heute munirt worden sind, wende, will ich damit verhindern, daß die Discussion sich nicht öfter auf dies Gebiet begebe. Wenn Herr Waldeck sich lediglich von der Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums einen schnelleren Anschluß des Südens versprochen hat, so glaube ich im Gegentheil, wir können ihn nicht sicherer zurückschrecken als gerade damit. Wer sind diese Südstaaten? Ihre Majestäten die Könige von Baiern und Würtemberg. Und glauben Sie denn, daß diese sich durch eine solche Einrichtung besonders angezogen fühlen werden? Ich weiß das Gegentheil. Wir haben zunächst mit dem Süden die Gemeinschaft des Zollvereins zu erstreben, die augenblicklich in Folge der Bestimmungen des Nikolsburger Friedens gewissermaßen in der Luft schwebt. Ich denke mir, daß sobald wir mit der Verfassung fertig sind, wir dem Süden den Vorschlag machen, zu Berathungen zusammenzutreten, um zu einem dauernden, unkündbaren Zollverein zu gelangen. Das ist auch in den bezüglichen Artikeln des Entwurfes vorgesehen. Wir können aber nicht verlangen, daß die Süddeutschen, was wir in Zollsachen bestimmen, Alles ohne Weiteres annehmen. Soll der Zollverein in seinem bisherigen Umfange fortbestehen, so ist es ganz nothwendig, daß eine Einrichtung geschaffen wird, in Folge deren der Süden an der Gesetzgebung desselben Theil nimmt. Hat man erst dies gemeinschaftliche Organ der Gesetzgebung in Zollsachen, so wird sich dasselbe der Aufgabe nicht entziehen können, auch die meisten übrigen Titel der materiellen Entwickelung in der formellen Gesetzgebung allmälig sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was ferner die Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung des Nordens und Südens für definitiv gesichert im Falle des Krieges. Der Norden wird dem Süden immer beistehen, und eben so herrscht im Norden kein Zweifel darüber, daß wir auch des Beistandes des Südens vollständig sicher sind. (Beifall.)

Hinsichtlich der erwähnten Reichssteuer bemerke ich, daß die Contingentirung nach der Kopfzahl allerdings wenig empfehlenswerth ist. Auch die Verhandlungen der Regierungsvertreter unter einander haben das Bedürfniß nach einer Reichssteuer erwiesen. Wenn es **hier** gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden, zu deren Ueberwindung wir bisher keine Zeit hatten, wenn es gelingen sollte, eine solche Steuergesetzgebung sofort in der Art auszuarbeiten, daß sie praktisch werden kann, so kann ich wohl sagen, daß sich bei den verbündeten Regierungen keine Schwierigkeit dagegen erheben wird. Ebenso hängt es mit der Freizügigkeit zusammen. Ich verweise auf den Entwurf, der speciell alle diese Gegenstände der Bundesgesetzgebung zuweist; ein Gleiches gilt von der Civilgesetzgebung, Hypothekenordnung u. dgl. Ebenso verweise ich hinsichtlich der Bundesanleihen auf Artikel 65 des Entwurfs. Wenn von einer anderen Seite vermißt wurde die Freiheit der Interpellationen, so glaube ich nicht, daß es bisher Jemandem in den Sinn gekommen ist, dieselbe für beschränkt zu halten; ebenso wie ich heute eine an mich gerichtete Interpellation beantworten würde, würden dieselben später beantwortet werden. Gleichfalls selbstverständlich scheint es, daß der Reichstag, wenn seine Zeit es ihm erlaubt, über Petitionen berathen könnte, die etwa an ihn gerichtet werden.

M. H.! Sie werden sämmtliche Vertreter der Regierungen ebenso bereit finden, wie mich, über jeden einzelnen Punkt des Entwurfs motivirende Erläuterungen zu geben. Ich glaube aber, daß dies wesentlich in die Special-Debatte hineingehört. Ich weiß nicht, ob ich während der Generaldiscussion noch einmal Veranlassung haben werde, das Wort zu nehmen; für den Augenblick kann ich nichts hinzufügen, als die Aufforderung: Arbeiten Sie rasch! meine Herren! helfen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon selbst können! (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. **Gottberg** (für die Vorlage) wünscht, daß die liberale Partei aus den Ereignissen ebenso viel Erfahrungen geschöpft haben möge, wie die conservative, die den Entwurf annimmt, obwohl auch sie Manches in ihm vermißt. Redner vermißt namentlich die Garantien, die in einem Oberhause und in dem absoluten Veto der Präsidialmacht liegen würden.

Abg. v. **Münchhausen** (gegen die Vorlage): Ich benutze die erste Gelegenheit, um ganz offen meine Stellung zu dem Entwurfe zu kennzeichnen und auszusprechen, daß ich der Consolidirung Norddeutschlands nicht im Princip entgegen bin. Geschehene Ereignisse sind nicht durch Proteste und Klagen auszulöschen. Vor Allem nehme ich an, daß die Katastrophe von 1866 um jeden Preis für die Zukunft zu vermeiden ist. Der „Ueberschuß" an Unabhängigkeitssinn, der das deutsche Mittelalter charakterisirte, ist jetzt fast ganz verschwunden, nur so viel ist von ihm übrig, als dem Werth der Objecte entspricht, für die das Gefühl empfunden wird. Die Mängel des Entwurfs bestehen in der ungenügenden Begrenzung der Stellung der Centralgewalt zu den verbündeten Staaten, aus den Erschwerungen für den Eintritt anderer Staaten hervorgehen, die nicht unter dem Eindruck der vorjährigen Katastrophe, wie die jetzigen Verbündeten, den Eintritt in den Bund beschließen sollten. Denn ich denke nicht, daß unsere Aufgabe ein norddeutscher Bund ist, sondern ein deutscher Bund, wobei ich natürlich nur das Gebiet des ehemaligen deutschen Bundes im Auge habe. Es fehlt ferner an verantwortlichen Bundes-Organen. Von den Grundrechten rede ich nicht; für mich hat nur das **eine** Grundrecht hohe Bedeutung: das Recht des Volkes, ein entscheidendes Wort bei Regelung seiner Angelegenheiten mitzusprechen und ohne eine Anerkennung ist kein Bund denkbar. Ich halte das deutsche Volk nicht für reif dazu, auch nur für gewisse Theile seines Staatslebens die absolute Herrschaft auf die Dauer zu ertragen.

Ich vermisse ferner den Schutz für die Einzelstaaten und das Correctiv für die Präsidialmacht, damit der Süden zutrete. Der Boden der Thatsachen, auf den so oft gewiesen wird, ist ein sehr schwankender, wie der Boden der Meinung die nicht auf Ueberzeugung beruht. Ein beredter Redner hat uns aufgefordert, statt der retrospectiven Kritik den Blick in die Zukunft zu lenken, aber er weist sein Gebäude auf die Lebensdauer **eines** Mannes an, und auf so schwankendem Boden soll die Verfassung des Bundes stehen! Vergessen Sie nicht, 1/6 der dem preußischen Scepter Unterworfenen lebt jetzt ohne Verfassung, darunter die Hannoveraner, bei denen die Handhabung des Rechtes ohne Anwendung factischer Gewalt so tief wurzelt, wie kaum bei einem anderen deutschen Stamm. Ihre Abneigung gegen die Annexion zeigte sich sofort und gründete sich auf Besorgnisse, die durch Thatsachen noch übertroffen wurden. (Unruhe. Ruf: zur Sache!) Da ich mein Urtheil über den Entwurf und die Zukunft des Bundes auf die Gegenwart begründe, so gehört die Darstellung derselben zur Sache.

Präsident Simson: Ich werde den Redner nicht unterbrechen. Einmal ist er der Mitgliedschaft mit unserem Staat erst seit kurzer Zeit theilhaftig, sodann liegt noch eine besondere Rücksicht vor. Die preußische Verwaltung in Hannover mag, wie alles Menschliche, nicht vollkommen sein, aber sie hat die Discussion in diesem Hause nicht zu scheuen. (Zustimmung.)

Abg. v. **Münchhausen** fährt fort und giebt eine ausführliche Darstellung der Beschwerden der Hannoveraner über den Rechtszustand, unter dem sie sich befinden, über die Einsetzung eines Militär-Gouvernements, die Abführungen nach Minden, die Maßregeln gegen die Presse, die Beeinflussung

der Wahlen, die Verletzung der Capitulation von Langensalza, im Widerspruch mit welcher Privateigenthum des Königs Georg, Mobilien, Jagdgewehre u. s. w. mit Beschlag belegt seien, die Verhaftung des Majors von Trenck und die Erbrechung eines durch ihn von König Georg an die Königin Marie überbrachten Schreibens. Dann fährt er fort: Ich frage jeden Preußen, jeden Deutschen, ob das die wohlwollende Absicht Sr. Majestät des Königs sein kann? Diese Thatsachen lassen die Wiederkehr einer Katastrophe wie die von 1866 besorgen. Schutz könnte nur ein Bundesgericht gewähren, das, wenn ihm auch die Executive fehlte, immer doch daran erinnern würde, was Rechtens sein sollte. Der Militär-Etat des Bundes ist zu theuer, ein solcher Heeresstand in der Mitte Europa's würde jeden Frieden bedrohen. Die Ablehnung des Entwurfs würde ein politischer Fehler sein, auch dieser Versuch muß gemacht werden, bis alle erschöpft sind. Minerva soll gewappnet aus einem göttlichen Haupt entsprungen sein. Auf Erden habe ich sie noch nicht gesehen, und der Entwurf ist nicht ihr Werk. Wenigstens fehlt an der vollen Rüstung des Bundes noch manche wichtige Schiene (Beifall und Zischen. Präsident Simson mahnt von dem Zischen ab).

Vorsitzender der Bundescommissare Graf v. Bismarck: Ich hege die tiefste Sympathie für den Ausdruck loyaler Anhänglichkeit auch an eine gefallene Dynastie und für einen Volksstamm, der uns so nahe steht und dessen Waffen so oft glorreich verbunden mit den unserigen gefochten haben. Aber ich hätte gewünscht, daß der Ausdruck dieser Gefühle sich fern gehalten von Anklagen gegen die königliche Regierung und mich der undankbaren Aufgaben überhoben, unrichtige Auffassungen zu widerlegen und entstellte Thatsachen zu berichtigen. Vor Allem weise ich die Behauptung, daß die königliche Regierung die Capitulation von Langensalza gebrochen, als eine unwürdige Verleumdung zurück. (Lebhafter Beifall.) Die Personen, welche sie geschlossen haben, hatten keinen anderen Auftrag, als ein Abkommen für die Dauer des Krieges zu treffen und das für den Privatbesitz des Königs Georg gemachte Zugeständniß bezog sich und konnte sich nur beziehen auf das Privateigenthum, das er im Lager bei sich führte, nicht auf sein Privateigenthum überhaupt, was er noch im Lande ist und über das auch jetzt noch nicht verhandelt werden kann, da er sich auch jetzt noch nicht dazu bequemen will, mit Preußen Frieden zu schließen. Jede andere Auffassung der Sache würde eine sophistische und advocatische sein.

Ich wundere mich um so mehr, daß der Herr Vorredner sie und andere Irrthümer theilt, als er sich seit Wochen hier aufhält und ihm meine Thür täglich offen steht, um sich die Kenntniß des wahren Sachverhalts zu verschaffen. Daß Ihre Majestät, die Königin Marie, sich noch auf preußischem Boden aufhält, beweist am besten, wie groß ihr Vertrauen zur preußischen Regierung ist. Aber wenn es sich auch bewundere, daß sie sich noch auf der Marienburg aufhält, obwohl ihr Gemahl seinen Frieden mit Preußen nicht geschlossen hat, so kann die königl. Regierung doch nicht zulassen, daß dieser Aufenthalt zum Centrum von Agitationen werde, welche die Ruhe und Ordnung in unserem Lande gefährden. Es ist wahr, der Major v. Trenck ist vor den Augen der Königin verhaftet worden, aber wenn sie das nicht mit ansehen will, so muß sie nicht in der Marienburg wohnen. Der Major wußte, daß auf ihn vigilirt werde und man hatte bei ihm die sonstigen Schriften, die er bei sich führte, vorher entledigt. Es kommen ja von Hietzing Proclamationen und agitirende Schriften im Styl des „Würtembergischen Beobachters" genug nach Hannover, um eine solche Maßregel zur Pflicht zu machen.

Die Thatsache, daß ein Privatbrief erbrochen wurde, ist gegen den Willen meines königlichen Herrn geschehen, der auch befohlen hat, sein Bedauern darüber auszusprechen. So etwas kann doch überall vorkommen. Daß es nicht in unserer Gewohnheit liegt, beweist der fortdauernde Aufenthalt der Königin Marie auf preußischem Boden. Ich begreife auch nicht die Unklarheit, die in Beschwerden über verletzte Rechte und verletzte Verfassung ausbricht. Hannover steht unter absoluter Herrschaft bis zum 1. October, mit diesem Tage tritt es in das Verfassungsleben des preußischen Staats und den Genuß der seinen Staatsbürgern zustehenden verfassungsmäßigen Rechte ein. Daß die Sache so gekommen ist, daß eine hundertjährige Verbindung mit einem Staate, dessen Bewohner uns so innig verwandt sind, so gewaltsam zerrissen werden mußte, bedauert Niemand lebhafter als ich. Wie oft habe ich dem Grafen Platen gesagt: wenn Sie den preußischen Ehrgeiz fürchten, so halten Sie gute Freundschaft mit uns, die Hohenzollern krümmen auch nach dem Siege dem Freunde, der ehrlich zu ihnen stand, nicht ein Haar.

Aber wenn sich zwischen Magdeburg, Stade und Minden ein uns feindliches Dreieck in den Körper unseres Staates einschiebt, wenn ein uns feindliches Hannover nur auf die Gelegenheit wartet, uns, wo nicht den Dolch, so doch die Waffe in den Rücken zu bohren, dann würde ich den preußischen Minister, der nicht die erste Gelegenheit benutzt, dieses uns feindliche Hannover zu vernichten, für einen Verräther an Preußen, für einen Verräther am Norddeutschland erklären. (Stürmischer Beifall.) Lange, zu lange, bis Langensalza haben wir ihm ein besseres Verhältniß angetragen, aber Alles scheiterte an dem Widerspruch König Georgs, auf die Bedingung einzugehen, ein Jahr lang nicht gegen uns die Waffen zu tragen. Statt darauf einzugehen, hat er den Versuch der Verbindung mit dem Gablenz'schen Corps war vorbereitet, mit den Truppen, die der Herzog von Augustenburg etwa aufbringen möchte und deren Waffen wir in Hamburg fanden. Wir hatten es Hannover offen vorhergesagt, daß, wenn es am 14. Juni gegen uns stimmen sollte, wir dies als Kriegsfall betrachten würden. Was weiter geschah, konnte daher nicht überraschen. Aber Prinz Solms leistete dem Schwankenden den übeln Dienst, den Ausschlag für den Anschluß an Oesterreich zu geben.

Man kann sich noch immer nicht der gemüthlichen Auffassung entschlagen, an die man sich in Deutschland während eines langen Friedens nicht gewöhnt, und verkennt noch immer den Charakter des großen Kampfes, des eisernen Würfelspieles vom vorigen Jahre, bei dem Länder und Krone der Einsatz waren. Der Feind wolle uns Land nehmen, Preußen und seine Krone stand auf dem Spiel. Was geworden wäre, wenn die Croaten in Berlin standen und der Sieger das Land auf unbestimmte Zeit besetzte, daran sollen wir nicht denken. Aber einige Staaten kamen nach dem Kriege zu uns und versichern, es sei ja nicht so ernst gemeint gewesen, und wollen sich wieder auf dieselben Stühle setzen. Diese sentimentale Politik nach dem Kriege kennen und machen wir nicht, sondern wissen, daß jede Krone zu Grunde geht, die in solchen Zeiten mit solcher Unkenntniß geschlagen war!

Der Hr. Vorredner beklagt sich wegen Abführung nach der Festung Minden: Ich wollte, man hätte eine im Lande gehabt, aber im hannoverischen Gebiet lag keine Festung. (Heiterkeit.) Daß aber zuweilen Unschuldige von den Maßregeln zum Schutz der Ordnung getroffen werden, ist schwer zu vermeiden und von hier aus schwer zu übersehen. Preußen herrscht im ehemaligen Hannover durch das Recht der Eroberung und wenn auch als Freund, so doch absolut. Ich wünschte, der 1. October käme rascher heran, als es sonst seine Art ist, bis dahin muß man sich gedulden. Aber mögen die Herren sich hüten, uns herauszufordern! Sie würden sich damit auf ein Gebiet begeben, auf dem sie uns nicht gewachsen sind. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus ist in einer gewissen Erregung und ein Antrag auf Vertagung wird sofort angenommen. Es folgen noch persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Michelis (Kempen): Ich habe nichts dagegen, wenn der Abg. Köster meine Person benutzte, um durch ein einziges Körnchen Salz seine Rede pikant zu machen; aber er soll nicht sagen, daß aus meinen Gewissensbedenken die Teufelskralle herausschaut.

Abg. Miquel (gegen Rohden): Ich habe dem Süden nicht mit Gewalt gedroht, nicht drohen können. Das bewies schon das friedliche Bild, das ich brauchte. Eine andere Auffassung würde ein persönlicher Vorwurf sein. Uebrigens wird es den Freunden des Herrn Abgeordneten nicht gelingen, die Eidgenossenschaft im Süden zu Stande zu bringen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Dinstag 10 Uhr. (Fortsetzung der allgemeinen Discussion.)

Berlin. [Raubanfall.] Schon wieder schreibt die „Stb.-Z.", befinden wir uns in der Lage, über einen neuen Raubanfall berichten zu müssen, der für einen der davon Betroffenen leider von den schwersten Folgen gewesen ist. Kurz hinter dem Prenzlauer Thore, und zwar nahe an dem Wege, der von der Chaussee ab nach Pankow führt, wurden nämlich am Freitag Abends gegen 9 Uhr die Handelsleute Rosenberg und Ebeling, die nach Pankow gehen wollten, um dort Kartoffeln zu kaufen, plötzlich von drei zerlumpten Kerlen überfallen, die im Chausseegraben im Hinterhalt gelegen hatten. Die Ueberfallenen setzten sich zwar nach Kräften zur Wehre und es entspann sich ein heißer Kampf; schließlich mußten sie jedoch der Uebermacht unterliegen. Rosenberg sank, von einem tödtlichen Messerstich im Genick getroffen, mit dem Ausrufe: „Ach meine armen Kinder!" blutend zu Boden, und auch Ebeling hatte mehre Messerstiche am Kopf und in den Arm erhalten, die ihn vollständig kampfunfähig machten. Zum Glück ließ sich in demselben Augenblicke das Rollen eines Wagens hören, der durch das Hilfegeschrei der Angegriffenen zur Eile angetrieben, in schnellem Trabe heranfuhr und die bewußtlos am Boden Liegenden aufnahm. Die drei Banditen hatten bei der Annäherung des Wagens die Flucht ergriffen und sind bis jetzt auch nicht zu ermitteln gewesen. Rosenberg wird inzwischen wohl schon verstorben sein, denn nach dem Urtheil der Aerzte, welche seine Wunden untersucht haben, war auch nicht die geringste Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens vorhanden. Ebeling, wenn auch schwer verletzt, befindet sich aber außer Lebensgefahr. Der Vorfall ist ein neuer Beweis von der zunehmenden Unsicherheit Berlins und von der dringenden Nothwendigkeit, die nächtliche Sicherheitspolizei in den einsameren Stadttheilen zu verstärken. Berlin beherbergt jetzt eine Menge von verbrecherischem Gesindel, zu dessen Ueberwachung die vorhandenen Beamtenkräfte, wie wir schon neulich erwähnten, nicht ausreichend sind. Berlin wird Weltstadt, das zeigt sich immer mehr und mehr, und es hat durch die letzten Vorfälle sogar schon eine traurige Berühmtheit erlangt.

Oesterreich.

*** **Wien,** 10. März. [Einsargung der Armee-Erlasse. — Muthmaßliche Consequenzen. — Entfernung der Adler in Ungarn. — Nationale Reibungen im Pester Landtage. — Beust's Ohnmacht den Ultramontanen gegenüber.] Nachdem die halbofficielle „Wiener Abendpost" erklärt hat, daß es nicht in der Absicht der obersten Militärbehörde liege, Mißtrauen zwischen sich und dem ungarischen Ministerium zu säen, ist die Frage mit den Ofener Circularen wohl als abgethan zu betrachten. Der Widerruf ist um so offenkundiger, da das Ofener General-Commando die Erlasse nicht blos dem Inhalte, sondern dem Wortlaute nach als Emanationen des Kriegsministeriums und des Armee-Obercommando's bezeichnet hat. Die Ungarn sind daher auch viel zu klug, um der Regierung in Wien nicht eine goldene Brücke zum Rückzuge zu bauen, da sie recht wohl wissen, daß nichts geeigneter ist, die Stellung derselben jenseits der Leitha moralisch zu erschüttern, als eine solche Palinodie, zumal wenn es sich dabei um militärische Dinge handelt. Wenn aber das Communiqué der „Abdp." genügt, um dem Pester Landtage eine weit günstigere Stellung zu verschaffen, als er vor dieser Episode hatte, so dürfte auch wohl Fürst Liechtenstein diese Satisfaction für Ungarn als eine Blosstellung seiner selber auffassen und demzufolge seine Demission einreichen. Schon nennt man als seinen Nachfolger auf den Posten eines Landes-Generalcommandanten den ehemaligen Minister des Auswärtigen Grafen Mensdorff, und für den Stolz der Ungarn ist es am Ende gleichgiltig, ob in Folge der Interpellationen Tisza's General v. Liechtenstein abberufen oder mittelbar zur Einreichung seiner Entlassung genöthigt wird. Ob aber nach einem solchen Präcedens nicht für die Zukunft jenes Gefühl politischer Unsicherheit in den höchsten militärischen Kreisen Ungarns wieder Wurzel fassen und in Momenten der Noth der soldatischen Schneidigkeit Abbruch thun wird, das 1848 so viel zu der Katastrophe beitrug, das wissen die Götter. Heiter sieht der Horizont gerade nicht aus. Selbst in unseren hoffnungsvollsten dualistischen Kreisen sind heute schon die langen Gesichter an der Tagesordnung, da von allen Seiten her aus Ungarn Nachrichten einlaufen, daß die Attaquen auf die kaiserlichen Adler genau dieselben Dimensionen und denselben Grad von böswilliger Rohheit annehmen wie 1860. Wie es aber um die Achtung des Tabakmonopols und um die Erhebung der Steuern aussieht, wenn erst einmal die kaiserlichen Insignien von den Trafiken und Aerarialgebäuden verschwunden sind, davon kann Herr v. Plener den jetzigen dualistischen Staatsmännern sehr drastische Erfahrungen aus dem Jahre 1861 zum Besten geben. Und doch sind das nur die näher liegenden, keineswegs die bedrohlicheren Gefahren. Viel finsterer ist die Wetterwolke, welche durch den bodenlosen Uebermuth der Magyaren aus der Pandorabüchse des Nationalitätenhaders heraufbeschworen wird, indem sie während der letzten beiden Tage Südslaven, Rumainen und Sachsen bezüglich der Sprachenfrage, sowie der Reorganisation Siebenbürgens mit einem Hohne und einem Despotismus majorisirt haben, der eine Erbitterung erregt hat, wovon die betreffenden Landtagsverhandlungen nur einen schwachen Abklatsch bilden. Lassen Sie erst, nach den jetzt votirten Verordnungen, die Restaurirung der starrmagyarischen Comitate und Municipien von 1861 wieder im vollen Gange sein, und Sie werden in diesem Punkte Wunder-Dinge erleben. Doch das Bezeichnendste für die Unheilbarkeit unserer Erbschäden ist die vollständige Ohnmacht des Baron Beust dem Tiroler Landtage und dem Tiroler Statthalter Grafen Toggenburg gegenüber. Denken Sie nur, was das heißt, daß ein Stirnrunzeln Andrassy's hinreicht, um einem General der Cavallerie ein Desaveu zuzuziehen... daß aber Baron Beust nicht im Stande ist, einen Landtag aufzulösen, der sich zehnmal halsstarriger als der mährische benommen, noch einen Statthalter aus Innsbruck zu entfernen, der diesem Landtage zu seiner regierungsfeindlichen Adresse Glück zu wünschen die Stirne hatte — lediglich weil jene „schwarzen Czechen" unter dem Schutze des Jesuiten-Ordens stehen!

Amerika.

=? **Monte Video,** 14. Jan. [Stillstand der Kriegsoperationen. — Verzollung in Corrientes. — Die nordamerikanische Intervention. — Aufschwung des Handels in Uruguay.] Bei der jetzt hier und namentlich am Parana herrschenden Hitze — wir haben gestern und vorgestern 90 Grad im Schatten gehabt — ist es vollkommen begreiflich, daß die Kriegsoperationen am Parana zu einem absoluten Stillstande gekommen sind. Selbst ein Bombardement, welches der neu eingetretene Admiral Ignacio gegen Curupaiti versucht und schon früh Morgens 5 Uhr begann, mußte aus dem angegebenen Grunde schon um 8 Uhr aufgegeben werden, so daß die Gerüchte, die Feldherren Mitre und Caxias hätten jeden weiteren Angriff gegen Lopez bis Anfang März verschoben, sich bestätigen dürften. Je heißer von außen, je mehr scheinen sich auch die Leidenschaften zu erhitzen und zwar in diesem Augenblicke gegen einen Befehl der alliirten Feldherren, daß alle Schiffe, welche von hier oder von Buenos Ayres Lebensmittel und Bedürfnisse aller Art den Parana hinauf in das alliirte Lager bringen, im Hafen von Corrientes anlegen und ihre Ladungen erst regelrecht verzollen müssen, ehe sie bei Itapiru oder sonst an irgend einem Punkte der Küste ausladen und verkaufen dürfen. Bis jetzt war der Handel mit dem Lager durchaus frei und unbelästigt und der Wohlstand von Monte Video hat sich dadurch in den letzten zwei Jahren auf überraschende Weise gehoben. Es ist auch weder eine Chicane noch Geldgier von Seiten der Conföderation, daß jetzt auf dieser Verzollung in Corrientes bestanden wird, sondern nur eine nothwendige Vorsichtsmaßregel von Seiten der alliirten Generale, da diejenigen Schiffe, welche ihre Ladungen bis Itapiru nicht vortheilhaft anbringen konnten, den Parana in der Richtung auf Candelaria weiter hinauffuhren und ihre Vorräthe an die Paraguays verkauften. Diesem Treiben ist man auf die Spur gekommen und General Mitre hatte bereits angeordnet, daß brasilianische Kriegsschiffe den Parana auch in seinem oberen Laufe beobachten und diesen Trafik verhindern sollten. Handel und Gewinnsucht kennt aber leider keinen Patriotismus und einem Super-Cargo ist es sehr gleichgiltig, wem er durch den Verkauf seiner Ladung einen Dienst erweist oder wem er Schaden thut. Diesem Zustande soll nun durch die Verzollung in Corrientes ein Ende gemacht werden, denn durch die Untersuchung zu Zollzwecken lernt man auch die Ladungen kennen und kann also controliren, was davon an die Alliirten kommt und was etwa zum Feinde hinübergeschmuggelt werden soll. Darüber sind denn die hiesigen Kaufleute außer sich und bedauern nur, daß sich dafür die Schuld nicht ausschließlich auf Brasilien schieben läßt, da den Zoll selbst, die Conföderation erhebt. Natürlich trifft diese Bestimmung nur die Privat-Speculation, denn was Brasilien hier einkauft und unter seiner Flagge ins Lager bringt, ist zollfrei. Greift dies in die materiellen Interessen des Platzes, so ist andererseits das Nationalgefühl der Orientalen durch den Schritt empfindlich gekränkt, welchen der Gesandte der Verein. Staaten von Nordamerika und Buenos Ayres zur Vermittelung zwischen der Triple-Allianz und Paraguay gethan. Er hat nämlich seine Note gleichzeitig bei den Regierungen in Buenos Ayres, Paraguay und Rio de Janeiro eingereicht — so berichtet man wenigstens aus Buenos Ayres, aber es nicht der Mühe werth gehalten, dasselbe auch bei der orientalischen Republik zu thun. Thatsächlich ist es zwar richtig, daß Uruguay weder Soldaten noch Schiffe zur Allianz stellt, daß General Flores selbst kein Commando mehr bei der alliirten Armee führt und daß die Leistungen Uruguays für den Zweck des Krieges gleich Null sind; aber nominell besteht die Theilnahme Uruguays an der Allianz doch noch fort, und gilt es nach Besiegung Paraguays, die Früchte der Anstrengungen zu ernten, so wird jeder Orientale gewiß gern bei der Hand sein, dem Staate oder sich selbst jeden möglichen Vortheil davon zu sichern. Aus diesem Traum weckt nun der Unions-Gesandte unsere Regierung in etwas unsanfter Weise, indem er gar nicht thut, als ob Uruguay noch mit zur Allianz gehöre. Das empfinden unsere politischen Männer als eine Beleidigung, können doch aber nichts gegen die Gewalt der Thatsachen thun. Dies ist neben der Hitze das Einzige, was zur Zeit in Monte Video besprochen wird und allerdings böses Blut macht. Steht es somit politisch nicht besonders erfreulich, so macht der materielle Wohlstand außerordentliche Fortschritte, und ganz im Gegentheil zu den Prophezeiungen der Blancos-Partei, daß die Regierung des Generals Flores dem Lande nur Krieg und Unheil bringen würde, hat Uruguay nie eines so dauernden Friedens und Wohlstandes im Innern genossen, als seit zwei Jahren, und am meisten sind diejenigen beschämt, welche immer behauptet haben, jede Verbindung Uruguay's mit Brasilien sei das Unglück der Orientalen! Allerdings wußte damals Niemand, daß Brasilien sich in solchem Maße großmüthig und freundlich gegen Uruguay benehmen würde, als es seitdem wirklich geschehen ist. Man konnte oder wollte sich nicht denken, daß Brasilien jeden Gedanken an den Wiedergewinn seiner früheren Provinz Cisplatina aufgegeben habe, wie es sich seitdem bewiesen hat. Der Kaiserstaat mischt sich auf keine Weise in die inneren Angelegenheiten der Republik und vermeidet es auf das Sorgfältigste, irgendwie seinen Einfluß geltend zu machen, fördert dagegen in bisher unerhörter Weise die materiellen und Handelsinteressen seines Nachbarn. Das genügt freilich nicht, um den alten Racenhaß zwischen spanischem und portugiesischem Blute zu verwischen; aber es ist doch der Anfang einer vernünftigeren und ruhigeren Anschauung der Dinge. Von welcher Wichtigkeit Monte-Video für die politischen und commerciellen Verhältnisse des ganzen La Plata-Gebietes ist und immer sein wird, zeigt wohl, daß sich in diesem Augenblicke nicht weniger als 7 Admirale verschiedener Seemächte hier befinden. Dafür spricht auch die jetzt veröffentlichte Bilanz des Handelsverkehrs aus den dafür erhobenen Zöllen. Wo im Jahre 1862 nur die Summe von 17,750,000 Pfd. St. Export und Import figurirte, hat das Jahr 1866 schon 30,150,000 Pfd. St. ergeben, und solche Zahlen beweisen mehr als die weitläufigsten Artikel es thun würden. Wenn es so fortgeht, muß Uruguay unter dem Schutze, oder besser gesagt, unter der guten Nachbarschaft Brasiliens zu einer außerordentlichen Blüthe gelangen!

≅ **Rio de Janeiro,** 10. Februar. [Die Streitkräfte Brasiliens. — Zur Sclavenfrage.] Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir am Vorabend neuer kriegerischer Ereignisse stehen, von deren Resultat man hier die endliche Beendigung des langen Krieges mit der Nachbarrepublik erhofft. Wiewohl der Zeitraum von der Schlacht bei Curupaity bis auf die Gegenwart nicht ohne militärische Actionen geblieben ist, so ist doch keine derselben bedeutend genug gewesen, um eine wesentliche Aenderung in der Stellung der kriegführenden Parteien herbeizuführen. Brasilien hat diese Zeit anscheinender Ruhe nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Es hat sein Terrain vorbereitet, es hat seine Streitkräfte besser und auf ausgedehnterem Fuße organisirt. Im Kriegsdepartement hat die ganze Zeit über eine außerordentliche Thätigkeit geherrscht, deren Gegenstand die Verwerthung der Erfahrungen bildete, welche die Affaire von Curupaity geliefert hatte. Indem jener zurückgeschlagene Angriff die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reorganisirung unserer stehenden Armee darthut, ist sie weit eher zu einer nationalen Wohlthat als zu einem nationalen Unheil geworden. Brasilien steht heute kampfgerüsteter und siegessicherer da, als am Tage vor Curupaity; es kann der eigenen Kraft vertrauen und braucht nicht mit der Truppenzahl von Bundesgenossen zu rechnen, die, wie man auch über die Motive der Allianz denken mag, dem Kaiserreiche nicht die Gleichartigkeit nationaler Bestrebungen, sondern das augenblickliche Zusammengeben der Interessen zugeführt hat. Brasilien ist mit 14,000 Mann regulärer Truppen in den Kampf getreten. Das Aushebungssystem ist seitdem einer gründlichen Umgestaltung unterworfen, die Wehrpflicht ist erweitert und auch auf solche Klassen ausgedehnt worden, welche bisher ohne gesetzliche Berechtigung sich von derselben freizuhalten gewußt hatten. Die Erfolge, welche Preußen durch das System der allgemeinen Wehrpflicht erzielt, sind auch für unser Militärwesen von heilsamem Einfluß gewesen, und an der militärischen Organisation, welche Brasilien heute aufzuweisen hat, erkennt man, daß es wohlgethan ist, großen Beispielen nachzustreben. Brasilien hat heute eine schlagfertige Armee von mindestens 60,000 Mann aufzuweisen, und das System, welches jetzt bei den Rekrutirungen und Verwendungen für die Armee adoptirt ist, giebt die Möglichkeit in nicht ferner Frist, den Effectivstand auf 90,000 Mann zu bringen. Man darf die Bedeutung dieser Zahlen nicht unterschätzen. Man überblicke die officiellen Effectivstände sämmtlicher anderen Staaten Südamerika's und man wird finden, daß selbst die militärisch am tüchtigsten organisirte Republik Chile auch nicht entfernt an jene Ziffern heranreicht. Was gar die übrigen Republiken betrifft, so erreichen deren Effectivstände die officiellen Ziffern bekanntlich nur auf dem Papiere, die wirklich eingestellten uniformirten und bewaffneten Mannschaften repräsentiren oft nur einen sehr geringen Bruchtheil derselben und der Mangel an Disciplin und Geschultheit macht in der Regel diesen Bruchtheil mehr zu einer Menschenzahl als zu einer Truppenzahl. Zu dieser rapiden Steigerung der Landmacht kommt noch die progressive Vermehrung der Streitkräfte zur See. Als Seemacht hat Brasilien von jeher unter den Staaten des südamerikanischen Continents unbestritten den ersten Platz eingenommen. Es lag in der Natur der Verhältnisse unseres Landes, welche den auswärtigen, überseeischen Handel als das eigentliche Lebenselement unseres Staatslebens und unserer Nationalwohlfahrt hinstellen, daß Brasilien von Anfang an sein Augenmerk mehr auf die Entwickelung einer Seemacht richtete und die Ausbildung der Landmacht, für die eine Verwendung vorerst nicht vorauszusehen war, stiefmütterlicher behandelt. Erst der jetzige Krieg hat Brasilien auf die Nothwendigkeit hingeführt, jene Lücke zu ergänzen. Die ursprüngliche Zahl von 9 Panzerschiffen, welche Brasilien beim Ausbruche des Krieges besaß, ist gegenwärtig bereits auf 14 gestiegen. Bei einem solchen Aufschwunge aller Landesvertheidigungskräfte kann über das Resultat des gegenwärtigen Krieges kein Zweifel mehr obwalten. Das wesentlichste, bleibende Resultat aber wird das sein, daß Brasilien durch Vergrößerung seiner Seemacht und durch Schaffung einer ansehnlichen Landmacht sich auf eine Stufe hebt, von der aus es die übrigen südamerikanischen Staaten in der Folge weitaus überragen wird. Der Kaiser, ein wohldenkender liberaler Monarch, welcher die Lehren der Geschichte und die Erfahrungen der Gegenwart sich zu eigen zu machen versteht, beschäftigt sich seit längerer Zeit, wie auf das Bestimmteste versichert werden kann, mit der Frage der Abschaffung der Sclaverei, eine Frage, deren Lösung für Brasilien, sobald es den Rang an der Spitze eines halben Welttheils einnehmen und behaupten will, eine innerliche politische Nothwendigkeit ist. Wie bei allen mit der Geschichte eines ganzen Volkes verwachsenen Institutionen, bedarf es auch für die Sclaverei in Brasilien des Kampfes gegen eine geschlossene, von Vorurtheilen befangene Opposition, die der Aenderung, dem Ungewohnten widerstrebt. Bei uns sind es namentlich die großen Grundbesitzer, welche Träger dieser Opposition sind und in der Presse eifrig für die Beibehaltung der Sclaverei agitiren lassen. Es ist indessen um so weniger daran zu zweifeln, daß dieser Widerstand gebrochen werden wird, als der Kaiser persönlich die Initiative der humanitären Bewegung gegen die Sclaverei ergriffen hat. Personen, welche dem Kaiser nahe stehen und das Vertrauen desselben genießen, wissen, daß das edelmüthige Beispiel des Kaisers Alexander von Rußland nicht wenig dazu beigetragen, die Emancipationsideen des Kaisers Dom Pedro zur Reife zu bringen. Der Kaiser hat bereits Vorstudien angeordnet und mehrere Vertrauenspersonen mit denselben beauftragt.

*** **Breslau.** [Personalien.] Befördert: Der Gerichts-Assessor Habicht zu Glogau zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Schubin. Der Bureau-Assistent Laube zu Grünberg zum Kreisgerichts-Secretär mit der Function als Bureau-Vorsteher und Sportel-Receptor bei der Gerichts-Commission zu Lähn. Der Kreisgerichts-Bureau-Diätarius Stöhr zu Lauban zum Appellationsgerichts-Bureau-Diätarius. Der Feldwebel Fest zu Löwenberg zum Bureaugehilfen bei dem Kreisgericht daselbst. — Versetzt: Der Kreisrichter Fraustädter zu Freistadt an das Kreisgericht zu Bunzlau. Der Appellationsgerichts-Referendarius Göhle aus dem Departement des Kammergerichts zu Berlin an das Kreisgericht zu Görlitz. Der Kreisgerichts-Secretär Wilke zu Freistadt an das Kreisgericht zu Görlitz. Der Kreisgerichts-Secretär Forgber zu Lähn an die Gerichts-Commission zu Carolath mit der Function als Bureau-Vorsteher und Sportel-Receptor. Der Bureau-Assistent Pätzold zu Carolath an das Kreisgericht zu Grünberg. — Ausgeschieden: Der Referendarius Rawitscher zu Liegnitz behufs seines Uebertritts in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau. Der Auscultator v. Flemming zu Goldberg behufs Eintritts in einen andern Lebensberuf. Der Hilfsunterbeamte Nowaczki zu Glogau.

Adjuv. Carl Gorille in Zottwitz als Substitut nach Würben, Kr. Ohlau Adjuv. Carl Beinbrecht in Creuzdorf als Schullehrer nach Zwonowitz, Kr. Rybnik. Adjuv. W. Ruge in Tscheschen-Hammer als Local-Adjuv. nach Schollendorf, Kr. Poln.-Wartenberg. Schullehrer Rob. Widera in Gr.-Lassowitz als solcher nach Sowczyc, Kr. Rosenberg. Der seith. provis. Lehrer Ant. Kick in Rasau, Kr. Rosenberg, als definitiver Schullehrer daselbst. Lehrer Fr. Murrmann in Gr.-Glogau als zweiter Lehrer an die Pfarrschule zu St. Dorothea in Breslau. Adjuv. Joh. Urbanek in Twardawa als solcher nach Brzesz, Kr. Pleß.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 12. März. Die Prinzessin von Wales ist bedenklich erkrankt. In Irland ist Alles ruhig. Die Regierung proclamirte vorerst nicht das Kriegsrecht, sondern ernannte eine Special-Commission zur Aburtheilung der Rebellen. (Wolff's T. B.)

M. **Breslau, 7. März.** [Fünfzehnter Jahresbericht des Schlesischen Vereins zur Heilung armer Augenkranker.] Es wurden im Jahre 1866 behandelt 3200 Augenkranke, davon 1763 Einheimische und 1437 Auswärtige. 170 wurden in die Anstalt aufgenommen und verpflegt. Durch die angewendeten prophylaktischen Mittel ist es gelungen, die Cholera von der Anstalt fern zu halten. Die Operation des grauen Staares wurde 53 mal vollzogen. Seit dem Bestehen des Vereins haben 29,697 Personen die Hilfe der Anstalt in Anspruch genommen, davon 731 am grauen Staar erblindete. Die Einnahme betrug 3437 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf., die Ausgabe 2970 Thlr. 20 Sgr., und das Vermögen der Anstalt 11,918 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf. Vorsitzender des Vereins ist der Medicinal-Assessor Gerlach, dirigirender Arzt der Herr Sanitätsrath Dr. Viol, welchem die Herren Dr. Reichelt und Wundarzt Schmidt assistiren. Die außerordentlich wohlthätigen Leistungen des Vereins sprechen so sehr für sich selbst, daß seine Empfehlung an milde Herzen keiner besonderen Worte bedarf.

Breslau, 8. März. [Handwerker-Verein.] Herr Dr. med. Gust. Joseph sprach am gestrigen Abend über die Anzeichen des nahenden Frühlings. Nach einer Hinweisung, daß das Sterben der Natur im Herbste nur ein scheinbares sei, da eben unter der Hülle des eingetretenen Todes, unter dem Schnee, die Natur ein neues Leben theils bereite, theils im Verborgenen fortführe, was sich allerdings weniger an der Thierwelt als an den Pflanzen bemerken lasse, zeigte er, daß sich eine eigentliche Grenze zwischen Winter und Frühling schon bei uns kaum ziehen lasse, da die Charaktere beider Jahreszeiten zu häufig ineinander übergreifen. Im ferneren Verlauf des poetisch gehaltenen Vortrags, wie sein Inhalt ja an sich ein poetischer war, hob er den Reiz und die geistige Anregung hervor, welche gerade in den gemäßigten Zonen der Wechsel der Jahreszeiten biete, indeß die Bewohner der südlichen Himmelsstriche seiner verlustig gehen, was sich ja auch in Charakter und Lebensweise der betreffenden Nationen, der geistigen Regsamkeit des Nordens und der Schlaffheit im Süden auspräge. — Bedeutendere Fragen lagen zur Beantwortung wenig vor.

—* **Breslau, 11. März.** [Arbeiterverein] In der am Sonnabend stattgehabten Versammlung fand die Wahl des definitiven Vorstandes nach dem früher angegebenen Modus statt. Herr Scheil, von 86 Anwesenden einstimmig zum Vorsitzenden erwählt, dankte für das ihm solchergestalt bewiesene Vertrauen und versicherte, er wolle sich bemühen, dasselbe zu rechtfertigen. Ferner sind als fungirende Mitglieder des Vorstandes die Herren Louis Cohn (Stellvertreter des Vorsitzenden) mit 76 St., Weiß (Schriftführer) mit 84, Wulf (Stellvertreter desselben) mit 85, Opitz (Kassirer) mit 54 und Zellenay (Stellvertreter desselben) mit 81 Stimmen; als Beisitzer die Herren Kügler mit 80, Schulz mit 79, Ahr mit 75, Mazatka mit 73, Kraecker mit 73, Siegusch mit 70, Thié mit 66, Schubert mit 63 und Geis mit 45 Stimmen gewählt. Außerdem haben bei den verschiedenen Wahlgängen die Herren Zellenay 30, Gunita 11, Berger 10, Scheinert und Scheil II. je 8, Mirlus 6, Hofferichter, Siegusch, Winkler je 4, Neukirch, Rohstein je 3, Fabian 2, Walter und Gummert je 1 Stimme erhalten. Da das Wahlgeschäft den Abend vollständig beanspruchte, so mußte der angekündigte Vortrag über die sociale Frage vertagt werden.

Breslau, 11. März. [Handwerker-Verein.] Der am letzten Sonnabend stattgefundene gesellige Abend war von einer sehr großen Anzahl Mitglieder besucht. Zur Aufführung kam erst der Lindpaintnersche Chinesenmarsch, der von den Mitgliedern der Gesangsklasse unter Leitung des Herrn Musiklehrer Busse in Costüm vorgetragen, wie gewöhnlich, große Heiterkeit erweckte. Es folgte ein Lustspiel: „Gute Nacht!" Schwank von R. Hahn, darauf — der Tanz, der die maskirten und unmaskirten Verehrer resp. Priesterinnen (Terpsichoren's) bis an den Sonntag-Morgen festhielt, und im bunten Gedränge durcheinander wirbelte. Die Ordnung hatten diesmal die Mitglieder der Turner-Section des Vereins aufrecht zu erhalten übernommen, welche, dem Programm gemäß, auch die Zwischenpausen in erhebender Weise ausfüllten.

*** [Personal-Chronik.] Bestätigt wurde: die Wahl des Wirthschafts-Inspectors Frank zum Bürgermeister der Stadt Schurgast und die Ersatzwahl des Mühlenbesitzers Staub zu Myslowitz zum Rathsherrn, ferner die Vocation des katholischen Lehrers Kotalla zu Niewodnik. — Pensionirt wurde der Regierungs-Rath Schreyer in Breslau. — Ernannt: der Ober-Steuer-Controleur Winkler in Jauer zum Ober-Steuer-Controleur in Neisse: der Hüttenwerks-Director Bergrath Ulrich zu Königshütte zum Ober-Bergrath und Mitglied des Ober-Bergamts zu Breslau unter vorläufiger Belassung in seinem bisherigen Wirkungskreise zu Königshütte, der Bergrath Schnackenberg zum Hypothekenrichter bei der Berg-Hypotheken-Commission zu Breslau, der Berg-Referendarius Foitzick zum Berg-Assessor, der Kanzlei-Diätarius Müller zum Ober-Bergamts-Kanzlisten, der Hilfsbote Olbrich zum Ober-Bergamts-Bureaudiener. — Ferner bei den fiscalischen Berg- und Hüttenwerken: der Berg-Assessor Broja zum Berg-Inspector und Dirigenten der Königin-Louise-Grube bei Zabrze, der Civil-Anwärter Wilking zum Schichtmeister-Assistenten bei der Berg-Inspection zu Zabrze, der Hüttenmeister Liebeneiner zu Friedrichshütte zum Hütten-Inspector, der Baumeister Krah zum königl. Baumeister unter Verleihung der Baubeamtenstelle in Königshütte, der Hütten-Assistent Riedel zum Secretair und der Hütten-Eleve Jüttner zum Hüttenmeister bei dem Hüttenamte zu Königshütte. — Ertheilt: den Hüttenwerks-Directoren Steutz zu Gleiwitz und Teichmann zu Friedrichshütte, sowie dem Ober-Hütten-Inspector Paul zu Malapane und dem Berg-Inspector Nehler zu Tarnowitz der Charakter als Bergrath, dem Hüttenfactor Bannerth und Hüttenmeister Brucauff zu Königshütte der Charakter als Hütten-Inspector. — Entlassen: auf seinen Antrag der Berg-Referendar v. Schmid behufs Uebernahme einer Stellung bei der königl. Geschützgießerei zu Spandau.

---

† **Grünberg, 3. März.** [Vorschuß-Verein.] Aus dem 6. Rechenschaftsbericht des hiesigen Vorschuß-Vereins für das Jahr 1866, welcher in der General-Versammlung vom 29. Januar vorgetragen wurde und jetzt gedruckt vorliegt, theilen wir Folgendes mit. Der Verein zählte am Jahresschluß nach Zutritt von 64 neuen und dem Austritt von 20 Mitgliedern 363 Mitglieder. Der gesammte Geschäftsbetrieb zeigt eine Einnahme von 215,202 Thlr. und eine Ausgabe von 214,205 Thlr. — Vorschüsse wurden gegeben 151,147 Thlr. und zurückgezahlt 150,931 Thlr.; die ausstehenden Vorschüsse betrugen am Jahresschlusse 32,578 Thlr. Verzinsliche Depositen gingen ein 29;612 Thlr. und abgehoben wurden 22,145 Thlr., der Bestand derselben am Jahresschluß betrug 39,649 Thlr. Das Mitglieder-Guthaben (Stamm-Capital) erreichte die Höhe von 8167 Thlr. und der Reservefond den Betrag von 763 Thlr. Von den disponiblen Geldern mußten im Laufe des Jahres 37,804 Thlr. anderweit zinsbar untergebracht werden, wovon 28,986 Thlr. wieder zurückgenommen wurden; angelegt blieben am Jahresschluß noch 15,066 Thlr. — Vorschußzinsen wurden vereinnahmt 2,665 Thlr. und für anderweit angelegte Kassenbestände 529 Thlr., dagegen an Zinsen für Depositen gezahlt 1618 Thlr., an Verwaltungskosten 717 Thlr. (davon 613 Thlr. auf Gehalte). Der Reingewinn nach Abzug der Verwaltungskosten und 2% Tantieme für die Anwaltschaft deutscher Genossenschaften von 17 Thlr. 13 Sgr. betrug 855 Thlr., von welchem 681 Thlr. auf Dividenden vertheilt und 174 Thlr. dem Reservefond überwiesen wurden. Die Dividende wurde auf 11⅓% festgesetzt. — Auf das Jahr 1867 ist für den Vorsitzenden, den Rendanten und den Revisor der 3. Theil des Reingewinns unter Garantie eines Mindestbetrages von 400 Thlr. für den Rendanten, 75 Thlr. für den Revisor und 25 Thlr. für den Vorsitzenden ausgesetzt worden. — In der Kriegsperiode des abgelaufenen Jahres ist keinerlei Stockung des Geschäfts eingetreten, alle Darlehnsgesuche haben soweit als sicher befriedigt werden können. Der Zinsfuß für Darlehen bewegte sich mit Rücksicht auf die verschiedenen Zeiten des Courses zwischen 5⅓—9⅓%, für Depositen wurden 4% gewährt, die beim Eintritt der Krisis auf 5% erhöht werden mußten, um Zurücknahmen gemachter Einlagen vorzubeugen. Vom 1. Januar 1867 ab ist der Zinsfuß für Depositen wieder allgemein auf 4% fixirt. Bis jetzt war der Verein noch nicht in der Lage, Gelder zur Befriedigung der Vorschußnehmer aufzusuchen, da ihm solche in weit größerer Maße angeboten wurden, als er durch Vorschußgewährung unterbringen konnte. Verluste sind seit dem sechsjährigen Bestehen des Vereins nicht eingetreten.

⊙ **Liegnitz, 11. März.** [Der Final-Abschluß der hiesigen Kämmerei-Kasse] pro 1866 repräsentirt eine Einnahme von 134,632 Thlr., 1 Sgr. 1 Pf. und eine Ausgabe von 128,848 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf. Was die Einnahme betrifft, so weist derselbe speciell nach: a. Communalsteuer- und sonstige Reste aus dem Jahre 1865 13,864 Thlr. 24 Sgr. 7 Pf., b. Dominial-Prästationen und Grundzinsen 1376 Thlr. 7 Pf., c. Ertrag vom Grundeigenthum 9360 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf., d. Ueberschüsse der Forst-Verwaltung 24,276 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., e. Gasanstalts-Kassen-Ueberschüsse 7748 Thlr. 2 Pf., f. Zinsen von Activas 4517 Thlr. 13 Sgr. 8 Pf., g. Gewerbe- und Handelsgefälle 1075 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf., h. Gerichts- und Dominial-Gefälle 792 Thlr. 17 Sgr. 1 Pf., i. directe und indirecte Steuern incl. Communal-Zuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer nebst Rohertrag-Drittel 31,155 Thlr. 3 Sgr. 6 Pf., k. Administrations-Kosten 2693 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf., l. Verschiedene Einnahmen 956 Thlr. 19 Sgr. 10 Pf., m. Insgemein 2575 Thlr. 21 Sgr. 8 Pf., n. an zurückempfangenen Capitalien 24,620 Thlr., o. durchlaufende Einnahmen 9620 Thlr., in Summa 134,632 Thlr. 1 Sgr. 1 Pf. — Verausgabt sind und zwar: a. Reste aus dem Jahre 1865 178 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf., b. Besoldungen 18,364 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf., c. Pensionen 335 Thlr., d. Amtsbedürfnisse 1850 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf., e. Bau- und Reparaturkosten 51,976 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf., f. Beleuchtung der Stadt und der Vorstädte 4496 Thlr. 1 Sgr. 8 Pf., g. Kosten für das Feuerlöschwesen 991 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf., h. zur Unterhaltung der Promenaden 1001 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf., i. zur Vereinigung der Straßen und Plätze 300 Thlr., k. Gerichts- und Proceßkosten 132 Thlr. 25 Sgr. 9 Pf., l. Abgaben und Lasten 8211 Thlr. 28 Sgr. 2 Pf., m. Zuschüsse zum Schulwesen 8313 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf., n. verschiedene Ausgaben 757 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf., o. zur Tilgung der Stadtschuld 5607 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., p. Bedürfnisse für die Armenpflege 8814 Thlr. 28 Sgr. 5 Pf., q. Insgemein 4098 Thlr. 11 Sgr., r. zur zinsbaren Anlegung 2798 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf., s. durchlaufende Ausgaben 10,620 Thlr., Summa 128 848 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf. — Außerdem weist der Final-Abschluß eine Rest-Einnahme von 2171 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf. und eine Rest-Ausgabe von 723 Thlr. 15 Sgr. nach, welche erstere zum größten Theil Communal-Steuerreste und die Folgen des verflossenen geschäftslosen Jahres sind. Unter der nicht unbedeutenden Summe an „Bau- und Reparaturkosten" ist im verflossenen Jahre zum Bau des neuen Gymnasii allein der Betrag von über 46,000 Thlr. absorbirt worden. Ebenso haben die in Folge des Krieges nöthig gewordenen außerordentlichen Kreis-Communal-Beiträge, sowie die Erhöhung der Lehrergehälter wesentliche Summen in Anspruch genommen. Trotz aller dieser ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben sind die Finanzverhältnisse der Commune so überaus günstiger Art, wie sie unter solchen Umständen im Entferntesten nicht erwartet werden konnten. Unter der umsichtigen und bewährten Verwaltung gehen die städtischen Verhältnisse einer immer mehr gedeihlichen Entwickelung entgegen und dürfen wir uns der Hoffnung auf gleich günstige Erfolge für die Zukunft nicht verschließen.

In gleicher Weise hat die Gasanstalts-Kasse mit namhaften Ueberschüssen abgeschlossen. Wie aus der vorstehenden Zusammenstellung der Einnahme sub e. ersichtlich, konnten nach Abzug sämmtlicher Verwaltungskosten, der Zinsen für die zum Bau der Anstalt aufgenommenen Darlehen, sowie der planmäßigen Amortisation, ein Einnahme-Ueberschuß von 7748 Thlrn. 2 Pf. der Kämmerei-Kasse überwiesen werden. Dieser Ueberschuß würde nahezu die Höhe von 9000 Thlrn. erreicht haben, wenn die noch rückständigen Reste an Gasrente rc. pro 1866 prompt zur Kasse eingezahlt worden wären.

Auf dem Gebiete der Armenpflege ist gleichfalls Vieles und Großes geleistet worden. So wurden z. B. aus diversen Legaten 5924 Thlr. 27 Sgr. 8 Pf., an Almosen für Bezirksarme 5466 Thlr. 4 Sgr., zur Betheilung der Armen mit Kleidungsstücken 425 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf., an Medicin- und Begräbnißkosten 984 Thlr. 25 Sgr. 2 Pf., für die Verpflegung auswärtiger kranker Ortsangehöriger, für Bruchbänder und Transportkosten, sowie zur Beschaffung von Brennmaterial 628 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf., zur Unterhaltung des Armenhauses 1613 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., an Zuschüssen für das Lazareth 884 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf., an verschiedene andere wohlthätige Institute 262 Thlr. 15 Sgr. 2 Pf., sowie für den freien Unterricht armer Kinder 360 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. aus der Armen-Kasse bezahlt.

Die Abschlüsse der Lazareth-Kasse, gegenüber den vorjährigen, weisen eine wesentliche Ausgaben-Vermehrung nicht nach. In Folge der Cholera-Epidemie hatten wir ein noch größeres Zahlenverhältniß gewärtigt. Es wurden ausgegeben: für Krankenpflege und ärztliche Mühewaltung während der Cholera-Epidemie 751 Thlr. 25 Sgr., für 17,144 Tagesportionen à 3 Sgr. = 1714 Thlr. 12 Sgr., für 25 Kinderverpflegungen à 1½ Sgr. = 1 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., für 286 Krankenwärterportionen à 6 Sgr. = 57 Thlr. 6 Sgr., für Medicamente 617 Thlr. 23 Sgr. 11 Pf., zur Unterhaltung der Utensilien, Betten, Wäsche und Bandagen 281 Thlr. 19 Sgr. 7 Pf., Beheizung und Beleuchtung 492 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf., zu sonstigen Bedürfnissen der Krankenpflege 45 Thlr. 15 Sgr., zur Unterhaltung der Gebäude 271 Thlr. 28 Sgr. 1 Pf. und an Beerdigungsgebühren rc. 65 Thlr. 13 Sgr.

Ψ **Gleiwitz, 11. März.** [Curiosum.] Letzten Donnerstag wurde bei Ankunft des um 6½ Uhr Abends hier eintreffenden Güterzuges Nr. 39 dem hiesigen Stationsvorstande von dem auf dem Schlußwagen sitzenden Schaffner die Meldung gemacht, daß unweit der Petersdorfer Wasserstation ein Mensch überfahren worden sein müsse, denn er habe deutlich einen großen Gegenstand auf dem Fahrgeleise liegen gesehen, und sei beim Hinüberfahren in die Höhe geschnellt und nur durch festes Anhalten an der Bremse nicht hinabgefallen. Um dem Verunglückten vielleicht noch Rettung bringen zu können, wurde sofort eine Maschine bestiegen und zur Besichtigung der Strecke geschritten; doch wie groß war die Ueberraschung, als man auf der bezeichneten Strecke anstatt eines vermeintlichen Ueberfahrenen — ein wildes Schwein vorfand. Die Frage, wie dieses Schwein in eine so sumpflose Gegend gerieth, findet dahin ihre Beantwortung, daß der Förster der Herrschaft Laband einen Keiler zu erlegen den Auftrag erhielt und das Schwein angeschossen blind fortraste, bis es seinen Tod unter den Schienen fand.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 11. März 10 U. Ab.	326 90	+0,7	NO. 2.	Bedeckt.
12. März 6 U. Mrg.	327,89	+0,2	NW. 2.	Trübe.

Breslau, 12. März. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 9 Z. U.-P. 3 F. 6 Z.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 11. März, Nachm. 3 Uhr. Die Haltung der Börse war träge. Die 3% wurde schließlich zu 69, 95 gehandelt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 95. Italien. 5proc. Rente 54, 52½. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 415, —. Credit-Mobilier-Actien 503, 75. Lombard. Eisenbahn-Actien 420, —. Oesterr. Anl. von 1865 pr. cpt. 333, 75. 6proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (ungestempelt) 83⅞.

Man wollte an der Börse von einer neuen Circular-Depesche Rußlands in der orientalischen Angelegenheit wissen.

London, 11. März, Nachm. 4 Uhr. Holländisch-indische Anleihe wurde mit ¼ % Prämie gehandelt. — Schluß-Course: Consols 90 15/16. 1proc. Spanier 31¼. Sardinier 73⅛. Italien. 5proc. Rente 53⅞. Lombarden 16⅝. Mexicaner 17¾. 5proc. Russen 87¼. Neue Russen 88¼. Silber 60¾. Türkische Anleihe 1865 29⅞. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 74.

Frankfurt a. M., 11. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Preußische Kassenscheine 105⅛. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburger Wechsel 88⅝. Londoner Wechsel 119¼. Pariser Wechsel 94¾. Wiener Wechsel 92¾. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländ. 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anl. pro 1882 77⅝. Oesterr. Bankantheile 685. Oesterr. Credit-Actien 174. Darmstädter Bankactien 211. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterreichische Elisabethbahn 110½. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 157. Hessische Ludwigsbahn 134½. Darmstädter Zettelbank 246½. Oesterr. 5% steuerfr. Anl. 49¼. 1854er Loose 59½. 1860er Loose 69¾. 1864er Loose 75¾. Badische Loose 53⅞ Kurhessische Loose 55½. 5% österreichische Anleihe von 1859 62⅞. Oesterr. Nat.-Anl. 54¼. 5% Metalliques —. 4½% Metalliques 40¾. Baiersche Prämien-Anleihe 99⅝. — Ziemlich fest und belebt.

Wien, 11. März. [Abend-Börse.] Credit-Actien 187, 70. Nordbahn 164, 50. 1860er Loose 88, 20. 1864er Loose 81, 25. Staatsbahn 210, 20. Galizier 221 50. Czernowitzer —. Steuerfreies Anlehen —. Creditactien sehr fest, andere Effecten geschäftslos.

Hamburg, 11. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fonds fester. Valuten behauptet. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90¼. Schluß-Course: National-Anleihe 55¾. Oesterreich. Credit-Actien 73¼. Oesterr. 1860er Loose 68½. Mexicaner —. Vereinsbank 109¾. Norddeutsche Bank 120¼. Rheinische Bahn 116½. Nordbahn 81. Altona-Kieler 130¾. Finnländ. Anleihe 81⅞. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 86. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 83¾. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 69⅞. Disconto 1¾ pCt.

Hamburg, 11. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille, pr. März 5400 Pfd. netto 148 Bancothaler Br., 147 Gld., pr. Frühjahr 144 Br., 143 Gld. Roggen loco ein wenig fester, pr. März 5000 Pfd. Brutto 89½ Br., 89 Gld., pr. Frühjahr 87 Br., 86 Gld. Hafer sehr ruhig. Oel leblos, loco 25, pr. Mai 25⅛, pr. Octbr. 25⅞. Spiritus geschäftslos, 23¼. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Schnee.

Liverpool, 11. März, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Bessere Nachfrage. Nach Berichten aus Newyork betrug die Baumwollenzufuhr in letzter Woche in den Häfen der Union 52,000 Ballen. Middling Amerikanische 13, middling Orleans 13½, fair Dhollerah 11¼, good middling fair Dhollerah 10¾, middling Dhollerah 10¼, Bengal 8, good fair Bengal 8¾, Scinde —, Oomra 11¼, Pernam —, Egyptian —.

Paris, 11. März, Nachmittag 3½ Uhr. Rüböl pr. März 93, 00, pr. Mai-August 96, 50, pr. September-Dezember 96, 50. Mehl pr. März 71, 00, pr. Mai-Juni 72, 75. Spiritus pr. März 60, 00

London, 11. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen 1 Sh. theurer, für fremden bessere Nachfrage, Preise gegen vergangenen Freitag unverändert. Gerste niedriger. Hafer matt, geringere Sorten 1 Sh. billiger schwer verkäuflich. Bohnen 1 Sh. theurer. — Trübes Wetter.

Amsterdam, 11. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen auf Termine 1½ Fl. niedriger. Raps pr. April 66, pr. October 68½. Rüböl pr. Mai 36⅞, pr. October-Dez. 38½.

Antwerpen, 11. März. Petroleum, raff. Type, weiß, 47½ Francs per 100 Ko.

Berliner Börse vom 11. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. . .	4½	99¾ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	104½ bz.
dito 1850. 52	4	91½ bz.
dito 1853	4	91½ bz.
dito 1854	4½	100⅛ bz.
dito 1855	4½	100⅛ bz.
dito 1856	4½	100⅛ bz.
dito 1857	4½	100⅜ bz.
dito 1859	4½	100⅛ bz.
dito 1864	4½	100⅛ bz
Staats-Schuldscheine	3½	84⅛ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	121¾ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	99½ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	79 bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	78⅝ B.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue . . .	4	89¼ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	92¼ bz
Rentenbriefe. Pommersche	4	91¾ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	90¼ bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	91 G.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	96½ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	93 B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	93¼ B.

Louisd'or 111¼ bz.	Oest. Bk. 79⅝ bz.
Goldkr. 9. 8½ G.	Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	48½ bz.
dito Nat.-Anl. . .	5	56¼ bz. u. B
dito Lot.-A. v. 60	4	69¾ bz. u. B.
dito dito 64	—	43 G.
dito 54er Pr.-A.	4	61 G.
dito Eisenb.-L.	—	69½ bz
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	54 bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86⅞ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	88 B.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63½ et. bz. u. G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91½ G.
dito à 300 Fl.	5	91¼ B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	55⅜ bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30¼ B.
Amerikan. St.-Anl. . .	6	77¾ à ⅞ à ¾ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	97 B.
dito IV.	4½	94½ G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	78½ bz.
Cöln-Minden	4½	99½ G.
dito II.	5	103 B.
dito	4	87¾ B.
dito III	4	86 B.
dito	4½	95¾ bz.
dito IV.	4	85¼ bz.
dito V.	4	85⅛ G.
Cos.-Oderb. (Wilh.) .	4	82½ G.
dito III. Em	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	79 B.
Niederschl.-Märk. . . .	4	— — —
dito conv.	4	90½ G.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	97¾ bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100⅞ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	79¼ G.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	245 bz. u G.
Oest. südl. St.-B. . . .	3	230 bz. u. B.
Rhein v. St. gar. . . .	4½	98 G.
Rhein-Nahe-B. gar. . .	4½	95 B

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1864.	1865.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	33⅜ bz. u. G.
Amsterd.-Rottd.	7 19/20	7¼	4	100⅜ bz.
Berg.-Märkische	7¼	9	4	151⅜ bz.
Berlin-Anhalt. . .	11⅝	13	4	220 bz.
Berlin-Görlitz. . .	—	—	4	65½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	97 bz.
Berlin-Hamburg.	10	9½	4	156⅞ bz. u. B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	207 bz.
Berlin-Stettin. . .	7⅝	8	4	137½ bz.
Böhm.-Westb. . .	5	—	5	62½ bz.
Breslau-Freib. . .	8⅔	9	4	138¾ B.
Cöln-Minden. . . .	15⅝	17⅔	4	143¾ bz. u. B.
Cosel-Oderberg.	¾	2¼	4	55⅞ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	77¼ B.
dito dito	—	—	5	82½ bz.
Galiz. Ludwigsb.	9	5	5	88¼ bz.
Ludwigsh. Bexb.	9⅕	10	4	149½ G.
Magd.-Halberst. .	25	15	4	204½ bz
Magd.-Leipzig. . .	18¾	20	4	255 bz. u. B.
Mainz-Ludwigsh.	7½	8	4	130½ bz.
Mecklenburger. .	3½	3	4	78¼ bz.
Neisse-Brieger.	4½	5 5/12	4	101½ B.
Niedrschl. Märk.	4	—	4	91 bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	3⅔	4	94¼ bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	4	4	81¾ bz.
Oberschl. A. . . .	10	11⅔	3½	188½ bz.
dito B. . . .	10	11⅔	3½	161 bz.
dito C. . . .	10	11⅔	3½	188½ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	5	5	111¼ bz.
Oestr. südl. St.-B.	8	7½	5	110¾ à 111¼ à ¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	74 bz. u. G.
Rheinische.	11¼	7	4	117¾ bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	33⅛ bz.
Stargard-Posen. .	3⅓	4½	4½	95½ bz.
Thüringer	8	—	4	135½ B.
Warschau-Wien.	7 11/12	8⅛	5	64 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V. .	7 1/10	8¼	4	157 B.
Braunschw. B. .	—	—	4	94 etw. bz.
Bremer Bank. . .	7 8/10	6½	4	117 bz.
Danziger Bank .	7½	7 3/10	4	112 etw. bz.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	96⅛ B.
Geraer Bank. . .	8	7⅝	4	105 G.
Gothaer „	7	7½	4	99¾ G.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	82½ bz. u. G.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	119½ B.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	110 B.
Königsberger B.	6¾	6½	4	111 G.
Luxemburger B.	4	6	4	82 etw. bz.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	94¼ G.
Posener Bank . .	7	6½	4	104 B.
Preuss. Bank-A.	10 19/20	10 14/15	4½	153½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	7	6½	4	93½ etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	108⅜ B.
Coburg Credb. A.	8	8½	4	88½ etw. bz. u. G.
Darmstädter „	6	6½	4	82 bz.
Dessauer „	—	—	—	2⅛ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	6½	4	102¼ bz. u. G.
Genfer Credb.-A.	—	—	4	28½ bz. u. G.
Leipziger „	4	4	4	83½ B.
Meininger „	7¼	7	4	94½ G.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	20½ bz.
Oesterr. Credb. A.	5	4½	5	74½ à ¼ bz.
Schl. Bank.-Ver.	6½	7½	4	115 G.
Minerva	—	1	5	37¾ B
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	5½	5	120 bz.

Berlin, 11. März. Roggen loco 78—79pfd. 54½—55 Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco 11⅓ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 16¾ Thlr. bez., pro März und März-April 16 7/12 Thlr. Br., ½ Thlr. Gld., April-Mai 16⅔—7/12 Thlr. bez. und Gld., ⅔ Thlr. Br., Mai-Juni 16⅚—19/24 Thlr. bez., Juni-Juli 17⅙—5/24 Thlr. bez., Juli-Aug. 17⅚—½ Thlr. bez.

Breslau, 12. März. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 1 Grad Wärme. Bei sehr ruhigem Geschäftsverkehr und genügenden Angeboten haben sich am heutigen Markte die Preise nur schwerfällig behauptet.

Weizen wenig beachtet, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 82—96 Sgr., gelber 81—94 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 81—95 Sgr., gelber 80—93 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen wurde in Mittelsorten eher billiger erlassen, pr. 84 Pfd. 65—69 Sgr., feinste Sorten 70 Sgr. bezahlt. — Gerste schwacher Umsatz, pr. 74 Pfd. helle 57—59 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Pfd. 31—34 Sgr., feinste Sorten 35 Sgr. bezahlt. — Erbsen stark offerirt. — Wicken offerirt. — Oelsaaten ohne Aenderung. — Lupinen schwach beachtet, pr. 50 Pfd. gelbe 40—48 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Schlesische Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein gefragt. — Rapskuchen mehr beachtet, 49 bis 51 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	81—89—95	Bohnen	70—80—90
Gelber Weizen	80—86—93		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	66—68—70	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gerste	48—54—59	Winter-Raps	184—194—204
Hafer	31—33—35	Winter-Rübsen	170—180—186
Erbsen	53—57—68	Sommer-Rübsen	148—155—164
Wicken	50—55—66	Leindotter	138—145—158

Kleesaat ohne bemerkenswerthe Aenderung, — rothe in feinen Sorten begehrt, ordinäre 13¼—14⅔ Thlr., mittle 15¼—16¾ Thlr., feine 17⅚ bis 19 Thlr., hochfeine 19⅓—19⅔ Thlr., weiße in feinen Sorten begehrt, ordinäre 13½—18 Thlr., mittle 20½—24½ Thlr., feine 26—28 Thlr., hochfeine 29—30 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee beachtet, 10½—12 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 24—36 Sgr. Metze 1½—2 Sgr.

△ **Brieg, 11. März.** [Der heutige Roß- und Viehmarkt] war von Käufern und Verkäufern so stark besucht, wie ich seit Jahren nicht gesehen habe. In den Stallungen der hiesigen Gasthöfe war heut kein Unterkommen mehr zu finden und viele Fremde mußten schon gestern Abend zufrieden sein, ihre Pferde wenigstens in einem Hofraume unterbringen zu können. Von 7—8 Uhr Morgens war der Pferdetransport und doppelte Wagenreihen ein ununterbrochener Zug durch die Stadt, der vielfach durch einbrechende Züge von Seitenstraßen in's Stocken gerieth. Pferde waren an 1500 Stück, darunter mehrere Koppeln aus Rußland und an 300 Stück Luxuspferde aufgestellt. Preise hoch, da viel Kauflust sich zeigte. Rindvieh waren wohl an 4000 Stück, darunter gegen 3000 Stück Strangochsen und an 300 Stück Mastvieh aufgetrieben. Preis mittel. Schwarzvieh war noch weit mehr, sicherlich an 5—6000 Stück, darunter an 200 Stück fettes auf dem Markte. Preise hoch. Arbeitswagen und Ackermaschinen waren in beträchtlicher Menge vorhanden. — Allgemein empfundener Futtermangel soll die Ursache der heutigen außerordentlichen Viehtransporte sein. Leider kamen auch, was bei dem bodenlosen Wege auf der Oderaue um so eher möglich war, mehrere Unglücksfälle durch Ausschlagen von Pferden vor.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.